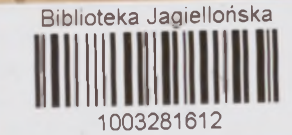
Polnische Blätter.


BIBLIOTHECA
VNIV. IAGEL.
CRACOVIENSIS

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

XII. Jahrgang | 15. Juli 1918 | Nummer 100



Befreite und Befreier

Beichte eines polnischen Aktivisten.

Von Wincenty Rzymowski.

I.

Der größte Tag im ganzen Verlauf dieses Weltkrieges ist und wird immer für mich, als Polen, der 5. August 1915 bleiben. An diesem Tage war es mir vergönnt, das Ende der russischen Herrschaft in Warschau zu sehen.

Die ganze, diesem denkwürdigen Tag vorangegangene Nacht hindurch wurden die Mauern der Stadt erschüttert von dem fernen Kanonendonner und von den immer näher rückenden Explosionen der gesprengten Forts und Fabriken; man sollte meinen, daß das Herz Polens, vom Zorn der lange unterdrückten Auflehnung geschüttelt, von Millionen Menschen die Ketten wegreißt, Millionen Seelen vom Druck befreit. Je stärker die Geschütze unter den Mauern der Stadt donnerten, desto deutlicher fühlte man darin die Wut und die Panik der Flucht, desto eindrucksvoller erkannte man daraus den Umfang und die Größe der Niederlage. Ja, es war kein Zweifel mehr. In dem Feuerschein von tausend Bränden kam nach Polen die Stunde der Reinigung. In Trümmer fiel die hundertjährige Uebermacht der Unterdrückung und des Raubes; die Herrschaft der Paskiewicz und Nikolaus verschwand, so wie auch eine Pest vorübergeht, die das Land verwüstet hat. Der Traum und das Entzücken von vier Generationen auf der polnischen Erde ging in Erfüllung. Ein ganzes Jahrhundert in wilde und blutige Fetzen zerrissener Anstrengungen; ein Jahrhundert von Opfern, für die, so schien es, nie ein Hoffnungsstrahl schimmern wird; alles dies, was in diesem tollen und ungleichen Ringen mit dem Osten eine wahnsinnige Ungereimtheit schien, sollte jetzt eine Bedeutung erlangen, die ihm nachträglich volle Berechtigung zuerkannte; in dieser Nacht sollte es von einem Erfolge gekrönt werden, der die zerschlagenen Anstrengungen der Nation zur Höhe einer klaren, triumphierenden Logik erheben sollte. Die jenseits der Weichsel aufgehende Sonne sollte diesen Traum beleuchten und ihm verwirklichende Gestalt geben, — den Traum, für den ganze Generationen der Jugend gekämpft haben oder in die Verbannung gingen in dem unaufhörlichen Kriege gegen Rußland, in dem Kriege, wo jeder Streifen polnischer Erde, jeder Wachtposten des polnischen Geistes zur Schanze wurden.

Alles, was Auflehnung gegen Rußland und zugleich Drang zur Verwirklichung des eigenen ungehemmten Willens war, beginnend von Tadeusz Kościuszko, der Rußland in einer Waffentat den Fehdehandschuh hingeworfen hat, bis zum Bauern der Gegenwart in Podlachien, der Rußland fast durch jedes geflüsterte Wort im Gebet, durch jeden Seufzer seines verfolgten Glaubens zum Kampf herausforderte; dieses alles schien nun wirklichen und verständlichen Ausdruck anzunehmen im Angesicht des heranbrechenden Tages, der zum Zeugen der wiederauferstandenen Wahrheit werden sollte. Der Wahrheit, die im Brüllen der Geschütze und Donner der zusammenstürzenden Forts verkündete, daß die Tyrannei auf geknech-

teter Erde sich nur durch das Gewicht des ausgeübten Druckes erhalten, aber nimmer sich durch Bande einer lebendigen Wurzel, die allein die Möglichkeit gewährt, in die Erde einzudringen und aus ihr schöpferische Säfte zu ziehen, mit dem Boden verbinden kann.

Wer in jener Nacht in die Staubwolke jener Flucht hineinschaute, die von den Russen Evakuation der Stadt genannt wurde, in diese Sturzwelle des Schreckens und des Wahnsinns, die sich die Straßen Warschaus entlang wälzte, gegen die Brücke, zur Weichsel, der konnte sich nicht des Eindrucks erwehren, daß ein fürchterlicher Orkan die polnische Erde durchtobt, der alles Fremde wegfegt und der in seinem Atem den geringsten Ausdruck des Polentums an Kraft, Bedeutung und Widerstandsfähigkeit wachsen ließ: die zarische Regierung, nach hundert Jahren Herrschaft in Polen, sah sich in diesem Augenblick nackt: als Eindringling und Eroberer, der sie von Anfang an war. Nach hundert Jahren Wirtschaft in Polen hatte diese Regierung keine anderen Bundesgenossen im Lande — als Ketten und Brände.

* * *

Aber jener Tag ist für mich nicht allein durch das Uebermaß der erlebten Freude groß. Er ist auch groß durch das Uebermaß des durchlebten Schmerzes.

Als Vollstrecker des Testaments eines ganzen Jahrhunderts auf polnischer Erde, sollte jener Tag dieses Testament nur zur Hälfte verwirklichen; er sollte es nur zu einem Bruchteil und in verkrüppelter Form verwirklichen.

Der Tag des 5. September war der Tag der Zersprengung des russischen Joches in Polen, und darin besteht sein Ruhm. Aber jener Tag ist nicht zum Tage der polnischen Tat geworden, und das war sein Fluch. Die Hand, die die russische Unterdrückung in Polen zerbrochen hatte, war nicht polnisch. Der Blitz, der sie zerschmettert hatte, war nicht der Verkünder eines neuen Raclawicer Frühlings. Das Ende der russischen Herrschaft in Polen war nicht der Tag der Entstehung des unabhängigen Polens.

Das Los Polens entschied sich außerhalb Warschaus, es wurde ohne die Willensäußerung Polens geboren. Am Kampf der beiden aufeinanderprallenden Mächte, der über unser Schicksal entscheiden sollte, nahm Warschau, die Hauptstadt Polens, gar keinen Anteil, sie hatte nicht einmal einen sichtbaren Repräsentationskörper; in diesem Kampfe war Polen nicht Partei, sondern nur Schlachtfeld.

In das vom russischen Eroberer geräumte Bett sollte sich die deutsche Okkupation so unmittelbar und widerstandslos ergießen, als ob der Krieg zwischen Rußland und Deutschland sich nicht im Schoße eines lebenden Volkes, sondern in einem geschichtlichen Vakuum abspielte; als ob hier, an der Weichsel, nicht eben einer der blutigsten Knoten dieses Krieges wäre.

Das befreite Polen wurde zum okkupierten Polen. Zwischen der Befreiung und der Okkupation fand sich nicht ein Fuß breit befreiten, den Russen entrissenen Bodens, auf den der Pole seinen Fuß stellen durfte; auf dem der polnische politische Gedanke dem deutschen politischen Gedanken begegnen konnte, um ein Bündnis zu schließen unter Losungen, die beiden Teilen verständlich wären: die Feinde unserer Feinde sind unsere Bundesgenossen, oder: von zwei gefährlichen Nachbarn ist nicht derjenige der schlimmere, der uns schwerer bedrücken kann, sondern für den die Politik der Bedrückung eine Lebensfrage ist. Jeder Fußbreit Landes, der damals dem russischen Eroberer entrissen wurde, war eine kostbare Anlage für die Zukunft, ein Feld, auf dem Warschau sein verloren gegangenes Zepter, seine geschichtliche Rolle wiedererlangen konnte. Leider kam der Arm der polnischen Tat in diesem geschichtlichen Augenblick zu spät, und ebenso zu spät erschien an den Toren Warschaus der politische Gedanke Deutschlands, dem das deutsche Soldatenbajonett zuvorgekommen war. Warschau konnte für sich nicht eine einzige eigene Stunde gewinnen. Es hatte keinen einzigen Augenblick der Selbstbesinnung, des Verweilens mit der Asche seiner Vergangenheit. Warschau konnte kein Samenkorn großer Entschlüsse in sich finden. An der Abwesenheit dieser einzigen Stunde zerschellte jene historische Möglichkeit, die doch das Kennzeichen aller historischen Notwendigkeiten in sich zu tragen schien: der Wille der polnischen Nation

und die deutsche Staatsraison gingen aneinander vorbei.

Die polnische Unabhängigkeit, statt aus dem Kampffeld mit Rußland wiederzuerstehen, sollte nunmehr ihre Wiedererweckung vom Feld der Diplomatie erwarten.

* * *

Zwischen der Spur des letzten Russen und dem Fuß des einrückenden Deutschen fand sich an den Toren Warschaus gerade so viel Raum, um einen schmalen Strich für den Gefangenenpfad freizulassen, auf dem aus den Verließen der Zitadelle die in Ketten geschlossenen Gefangenen von dem abziehenden russischen Heere in das Innere Rußlands abgeführt wurden. Die Russen haben nämlich, fast schon im letzten Augenblick vor dem Verlassen der Stadt, genau wie einst in jener Novembernacht, noch Zeit gefunden für ihre letzte Kriegsbesorgung: sie haben die Schar politischer Gefangener an die Steigbügel der fliehenden Kosaken gekettet. Vergeblich hat Warschau vom Turm seines Rathauses, in dem das Bürgerkomitee tagte, die Standarte der Neutralität entfaltet; der Russe wies diese fiktive Neutralität zurück, denn er wußte es wohl, daß zwischen dem Unterdrücker und dem Unterdrückten keine Neutralität bestehen kann. Innerhalb der Grenzen des russischen Imperialismus gab es keinen Platz für ein neutrales Polen, sondern nur für ein ohnmächtiges Polen. Der Russe wich unserer Neutralität aus und zielte nach unserer Kraft. Während er aber so unsere Kraft traf und aus dem Schoße Warschaus den letzten Fraß für den zarischen Galgen entführte, huldigte er damals zum letzten Male der Wiege der Traugutts und der Mochnackis; in seiner geheimen Abrechnung teilte er mit Warschau die Verantwortung für das Werk seiner Niederlage. Er ehrte darin die hundert Jahre aufständischer Tradition, die hundert Jahre des Kampfes um die Unabhängigkeit. Er ehrte darin und hob hervor die historische Vaterschaft der Legionen, die damals, von den karpathischen Bergen herankommend, Schulter an Schulter mit den deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten den namenlosen aber ruhmreichen Weg zur eigenen polnischen Staatlichkeit erkämpften.

* * *

O wenn doch Warschau damals seiner Verantwortlichkeit bewußt gewesen wäre! Wenn Warschau damals seine Hand dieser Jugend entgegengestreckt hätte, die für den Preis des in so zahlreichen Schlachten vergossenen Blutes das Anrecht auf ein eigenes Bajonett erkämpfte, das Recht auf Kampf um die heiligsten Güter der Nation! Wenn Warschau damals seine Hand den Legionen entgegengestreckt hätte, die die Verwirklichung der nach 80 Jahren wiedererstandenen polnischen Tapferkeit waren! Der geringste Willensausdruck Warschaus hätte damals historische Folgen nach sich gezogen. Wenn Warschau damals wenigstens diese Verantwortlichkeit nicht negiert hätte, wenn es seine Gräber, seine offenen Wunden, seine historischen Denkmäler hätte sprechen lassen! Wenn Warschau damals, in jenem Augenblick, der einen Wendepunkt seines Geschickes bedeutete, sein Herz hätte schneller schlagen lassen, es hätte dadurch die Stunde seiner Befreiung beschleunigt und die Ordnungsfolge der Geschehnisse grundsätzlich geändert; der abziehende Eroberer hätte damals nicht das Embryo des polnischen Aufstandes in Ketten geschlossen, sondern Warschau, sich erhebend, hätte den letzten Rest des russischen Joches von sich gestreift!...

Leider läßt das Buch der Geschichte keine Möglichkeit zu, historische Druckfehler nachträglich zu verbessern....

* * *

Als am Morgen des 5. August die Morgenröte erwachte und die Siegel der Nacht erbrach, verkündeten drei aufeinanderfolgende Explosionen der gesprengten Weichselbrücken, daß gleichzeitig auch die Siegel jener Nacht zerschmolzen waren, die in diesem Lande die Nacht des hundertjährigen Joches war.

Ein großes Blatt der Geschichte hatte sich gewendet.

Die Sonne aber, die in diesem Augenblick über Warschau aufging, ließ in ihren Strahlen gleichzeitig schon den ersten Text dieses neuen Blattes erkennen: es war dies der Text der ersten deutschen Bekanntmachung, die der Stadt die grundsätzlichen Vorschriften der Okkupationsverwaltung kund machte.

Die Aenderung ging so schnell vor sich, daß die Stadt, die mit dem Erinnerungsbilde des russischen Gendarmen eingeschlafen war, sich am Morgen, beim Erwachen, unter der deutschen Obhut sah.

Warschau hat, so wie jener Hochzeitgeber im Drama Wyspiańskis, die Nacht seiner Befreiung verschlafen.

Die deutschen Truppen, die am Morgen in die Stadt einzogen und auf den Straßen eine freundlich gestimmte Menge fanden, konnten wohl sagen: „Das ist das polnische Publikum!" und mußten dann weiter fragen: „Und wo ist das polnische Volk?" Als sie darauf keine Antwort erhielten, konnten sie sich gewiß dazu beglückwünschen, daß sie in Polen nicht allein über die Russen einen Sieg errungen haben, sondern auch über — Polen.

Ja, gewiß! Warschau hat die Nacht seiner Befreiung verschlafen. Aber wenn man jene Verkettung militärisch-politischer Verhältnisse genauer betrachtet, in die das Schicksal der Schlachten Polen und Deutschland auf gemeinsames Gedeih und Verderb verknüpft hatte, so ziemt es sich auch zu fragen: hat nicht auch Berlin den Tag seines Sieges verschlafen?

So viel ist gewiß: jener große Tag der Vertreibung der Russen aus Warschau, der Tag, der durch seine politischen Folgen sowohl für die Befreiten wie für die Befreier größer und gewaltiger hätte werden können, blieb nur der Tag eines Kriegsereignisses. Die Deutschen wurden an diesem Tage um einen Gefangenen reicher, aber um einen Bundesgenossen ärmer. Wenn man beachtet, daß in dieser Rechnung die Einheit ein 20-Millionenvolk bedeutet, wenn man ferner auf die Wagschale den Wert eines jeden verlorenen Tages und Menschen im Kriege wirft, wenn man schließlich den Arbeitsertrag eines Gefangenen mit dem Arbeitsertrag eines Bundesgenossen in einen Vergleich zieht, so ist leicht zu verstehen, daß beide Völker an jenem Tage viel verloren haben und daß sie viel mehr hätten gewinnen können, als was sie damals erobert haben.

Das Dombrowaer Kohlenrevier und seine Bedeutung für den polnischen Staat.

Vor einiger Zeit gingen durch den deutschen Blätterwald Aufsätze und Mitteilungen, in denen die Forderung nach Annexion des Dombrowaer Kohlenreviers, des einzigen und ausschließlichen Kohlenterrains im Königreich Polen, aufgestellt wurde. Es ist nur die alldeutsch-schwerindustrielle und die gewerbsmäßig polenhetzerische Presse, die sich einen solchen Standpunkt zu eigen gemacht hat, denn die maßgebenden Organe der deutschen Presse haben diese Agitation nicht mitgemacht, und einer der geistvollsten deutschen Politiker und Publizisten, Paul Rohrbach, hat sogar dieses Bestreben mit starken Worten gebrandmarkt. Von berufener und der polnischen Regierung nahestehender Seite geht uns der nachfolgende Aufsatz zu, in dem in rein sachlicher Weise die unumgängliche Notwendigkeit des Verbleibens des Dombrowaer Kohlenreviers beim Königreich Polen dargelegt wird.

Die Redaktion.

Das Dombrowaer Kohlenrevier bildet einen kleineren Teil des Schlesisch-Mährisch-Krakauer Kohlenfeldes, dessen ganzer Umfang verschieden berechnet wird und in ziemlich weiten Grenzen schwankt.

Der Umfang dieses ganzen Kohlenfeldes soll etwa 6000 qkm betragen. Der deutsche Geologe Gaebler berechnet ihn auf 5690 qkm, von denen 440 qkm auf das Königreich Polen entfallen sollen. Czarnocki gibt (in seiner Arbeit aus dem Jahre 1913) den Umfang des kohlenführenden Gebietes im Königreich Polen auf 800 qkm an, aber diese Zahl scheint unbedingt zu hoch gegriffen. Der Wiener Geologe Petraschek (Montanistische Rundschau Nr. 15 vom Jahre 1917) teilt das ganze Schlesisch-Mährisch-Krakauer Kohlenfeld in drei nachstehende Teile:

Preußisch-Schlesien	2800 qkm
Oesterreich	2517 qkm
Königreich Polen	320 qkm

Wenn jedoch dieser Umfang in bezug auf Oesterreich mit Vorsicht berechnet wurde und es

sich hier um ein produktives, mehr oder weniger durch Bohrversuche erforschtes Gebiet handelt, so ist er für das Königreich rein theoretisch, denn die Erstreckung der produktiven und durch Bohrversuche erforschten Terrains beträgt dort etwa 200 qkm, und diese verringern sich noch auf etwa 100 qkm, wenn man von denjenigen Teilen absieht, die unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen (nicht kriegsmäßigen) Bedingungen einen Abbau nicht lohnen würden.

Die Vorräte im Erdinnern des Dombrowaer Kohlenreviers sind bisher noch nicht genau festgestellt worden. Die von den verschiedenen Geologen vorgenommenen Schätzungen schwanken in ziemlich weiten Grenzen. Es ist aber klar, daß auf einem so geringen Umfang der produktiven Kohlenformation die Vorräte, selbst wenn sich sehr mächtige kohlenführende Schichten auf diesem kleinen Gebiet zusammendrängen sollten, im allgemeinen nicht eben groß sein können. Die am meisten maßgebende und gewissenhafteste Berechnung dieser Vorräte wurde von dem Geologen Czarnocki im Jahre 1909 vorgenommen und dann im Jahre 1913 verbessert. Aber auch diese Berechnung klärt den Umfang dieser Vorräte nicht gnügend auf, denn Czarnocki selbst teilt sie in der folgenden Weise ein:

sichtbare Vorräte . . .	535 842 000 t
wahrscheinliche Vorräte	855 304 000 t
mögliche Vorräte . . .	1 134 099 000 t
zusammen	2 525 245 000 t

Nach Abrechnung der möglichen Vorräte verbleiben etwa 1 400 000 000 t sichtbarer und wahrscheinlicher Vorräte. Außerdem gibt Czarnocki („Die wirtschaftlichen Bedingungen der Kohlenindustrie im Dombrowaer Revier") zahlenmäßige Schätzungen der mehr oder weniger erforschten Kohlenfelder an. Der Kohlenvorrat der nur wenig erforschten Terrains beträgt etwa 1 260 000 000 t, auf die mehr erforschten Terrains entfallen 1 300 000 000 t. Angesichts dieser Zahlen darf der Gesamtvorrat an Kohle im Dombrowaer Kohlenrevier auf höchstens 1 500 000 000 t geschätzt werden, umsomehr, als Czarnocki alle Flötze, sogar solche von nicht mehr wie 60 cm Mächtigkeit, berücksichtigt hat und oft Resultate von Bohrversuchen benutzen mußte, bei denen die Mächtigkeit der Schichten aus spekulativen Gründen stärker angegeben wurde, als wie sie in Wirklichkeit war. Etwa 60% dieser Vorräte können die Redenflötze ergeben, die besser erforscht sind; den Rest liefern die Schichten Unter-Reden.

Die Kohlenproduktion des Dombrowaer Reviers besteht zu 86% („Montanistische Rundschau" Nr. 15, 1917, Petraschek) aus der Redenkohle. Wie gering dieser ganze Vorrat ist, lehrt ein Vergleich mit den Vorratsschätzungen an Kohle der anderen Staaten. Der Kohlenvorrat im Erdinnern ist:

in Deutschland	410 Milliarden t
in England	190 Milliarden t

(„Czasopismo Górniczo-Hutnicze" 1916, Seite 39); allein in Preußisch-Schlesien betragen diese Vorräte bis zu einer Teufe von 1000 m etwa 60 Milliarden t, im Krakauer Revier etwa 25 Milliarden t („Czasopismo Górniczo-Hutnicze" 1916, Seite 7).

Es muß noch erwähnt werden, daß alle Berechnungen von Wójcik rein theoretisch und nach oben abgerundet sind.

Mit aller Sicherheit kann behauptet werden, daß im Königreich Polen nirgends weiter Steinkohle vorhanden ist. Lediglich im Polnischen Mittelgebirge hat Czarnocki Karbonschichten entdeckt, die jedoch unproduktiv sind. In Anbetracht dieses sind die obigen 1,5 Milliarden der einzige Kohlenvorrat des Königreichs Polen.

Die Dombrowaer Kohle liefert keinen Koks; sie ist eine gute, langflammige aber magere Heizkohle. In ganz Preußisch-Schlesien liefern übrigens lediglich die am meisten nach Westen gelegenen Schichten Koks. In den mittleren Schichten wird der Koks schon minderwertig. Es darf daher als feststehend und erwiesen angenommen werden, daß aus der polnischen Steinkohle kein Koks gewonnen werden kann.

Die Kohlenproduktion ist in den letzten Jahren vor dem Kriege im Königreich Polen außerordentlich gewachsen; sie betrug:

im Jahre 1913	6 833 588 t
während die deutsche Kohlenproduktion in dem gleichen Jahre 1913 .	191 511 514 t
betragen hatte. In Preußisch-Schlesien selbst war die Kohlenproduktion	43 801 056 t
in Großbritannien	282 904 000 t
in Oesterreichisch-Schlesien	11 367 945 t

Einen sehr eindrucksvollen Begriff für den Grad der Ausnutzung der Kohlenreichtümer gibt ein Vergleich der pro Quadratkilometer Bodenfläche geförderten Kohle in den drei Landesanteilen.

Es wurden im Jahre 1913 (für das Königreich Polen wird sogar die von Petraschka angegebene theoretische Fläche angenommen) pro 1 qkm Bodenfläche gefördert:

im Königreich Polen	21,355 t
in Preußisch-Schlesien . . .	15,643 t
im Ostrau-Karwin-Krakauer Revier	4,516 t

Eine so intensive Ausnutzung der Naturreichtümer des Königreichs Polen ist einerseits durch die die Förderung übersteigende Nachfrage zu erklären, andererseits durch die außerordentlich günstigen natürlichen Bedingungen, die eine solche Ausbeutung zulassen. Es ist klar, daß die Bergbaugesellschaften, die sich vornehmlich in den Händen von Ausländern befinden, den Nationalreichtum nicht geschont haben, daß es ihnen hauptsächlich am Gewinn gelegen war. Vornehmlich wurde der Reden-Flötz ausgebeutet (86% der ganzen Förderung), wobei die Verluste durch Raubbau oft sogar 40% erreichten. Auf vielen Gruben wurden, infolge forziertem Abbau des Reden-Flötzes, die schwächeren Ober-Redenschichten zerstört. Wenn man annimmt, daß im Dombrowaer Revier die Förderverluste infolge Raubbau etwa 30% betragen haben, so dürfte man damit der Wahrheit ziemlich nahe gekommen sein. Wenn von dem geschätzten Vorrat von 1,5 Milliarden t 20—30% Abbauverluste (30% beim Reden-Flötz, 20% bei den anderen Schichten) abgezogen werden, so verbliebe ein Kohlenvorrat im Erdinneren:

im Reden-Flötz	630 000 000 t
in den schwächeren Schichten . .	480 000 000 t
zusammen	1 110 000 000 t

Wenn man die Förderung des Jahres 1916 als durchschnittliche Jahresförderung zugrunde legt (6 833 588 t) und ferner annimmt, daß 86% dieser Kohle dem Reden-Flötz entstammen wird, so würde nach etwa 100 Jahren der Vorrat des Reden-Flötzes erschöpft sein.

Hieraus ist ersichtlich, wie verschwindend gering der Kohlenvorrat im Königreich Polen ist im Vergleich mit dem Kohlenreichtum Deutschlands, der selbst bei intensivster Ausnutzung auf 1000 Jahre reichen kann. Eine Abtrennung des Dombrowaer Reviers vom Gebiet des Königreichs Polen würde das deutsche Kohlenmeer nur um einen Tropfen vergrößern — aber dieser Tropfen würde der Industrie des Königreichs Polen die Quelle aller nährenden Säfte rauben.

Zur Orientierung darüber, in wessen Händen sich gegenwärtig unser Kohlenbergbau befindet, lassen wir hier ein Verzeichnis aller größeren Bergbaugesellschaften im Dombrowaer Revier folgen:

Name der Gesellschaft:	Förderung im Jahre 1913:	Nationaler Charakter:	Aktienkapital:
Sosnowic. Gesellsch.	1 472 661 t	französ.	9 750 000 Rb
Saturn (und Jupiter)	852 624 t	dtsch.-pln.	10 000 000 Rb
Warsch. Gesellschaft	876 465 t	polnisch	6 000 000 Rb
Graf Renard . .	704 201 t	französ.	7 098 970 Rb
Franko-Italienne .	660 [illegible]32 t	französ.	3 615 188 Rb
Grodziec. . . .	642 289 t	deutsch	3 600 000 Rb
Czeladź	617 363 t	französ.	13 600 000 Fr
Flora	389 596 t	französ.	1 050 000 Fr
Franco-Russe . .	274 032 t	französ.	2 250 000 Fr
zusammen:	6 489 563 t		

Die neun vorerwähnten großen Gesellschaften produzieren 95% der Gesamtförderung des Dombrowaer Reviers, und nur eine dieser Gesellschaften ist polnisch. Die verbleibenden 5% fördern kleinere Unternehmungen, die im wesentlichen sich in polnischen Händen befinden. Die ausländischen Gesellschaften hatten natürlich kein Interesse an einer Schonung des polnischen Nationaleigentums.

Die vorstehend überall als Durchschnitt zugrunde gelegte Förderung aus dem Jahre 1913 — 6 833 000 t — ist als sehr hoch anzusehen, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Kohlenproduktion des Dombrowaer Reviers noch ernstlich vergrößert werden könnte. Zwar haben die Warschauer und die Gesellschaft Saturn eine größere Erhöhung ihrer Produktion geplangt, doch dürfte wohl der Arbeitermangel diesen Absichten im Wege stehen. Im übrigen hatte die Mehrzahl der Gruben keine Möglichkeiten mehr gehabt, ihre Produktion zu erhöhen; dies wäre auch gar nicht erwünscht, weil es den Uebergang zum Raubbau bedeuten würde.

Das Königreich konnte seinen Bedarf nicht decken, der im Jahre 1913: 7 155 555 t betrug,

und es ist nicht zu erwarten, daß in der Kriegsfolgezeit längere Zeit hindurch eine höhere Produktion zu erreichen wäre, als während der letzten Jahre vor dem Kriegsausbruch. Wir werden noch längere Zeit hindurch die Folgen der Raubbauförderung der Okkupationsverwaltungen zu spüren haben, besonders der deutschen, die den größeren Teil des Dombrowaer Kohlenreviers im Besitze hat. Mit Ausnahme von Grodziec und Saturn befinden sich alle anderen größeren Gesellschaften unter Zwangsverwaltung und werden im Raubbau ausgebeutet. Alle Vorbereitungsarbeiten werden vernachlässigt, nur die vorbereiteten Felder wurden abgebaut, und es handelte sich nur um eine möglichst große Kohlenförderung, ohne Rücksicht auf die Zukunft.

Die nicht unter Zwangsverwaltung stehenden Gesellschaften waren gleichfalls in gewisser Hinsicht zum Raubabbau gezwungen; die deutsche Bergbauverwaltung zwang sie dazu durch entsprechende Verfügungen und so hohe Geldabgaben, daß die Gesellschaften, um zu bestehen, alle teueren, auf die Zukunft berechneten Vorbereitungsarbeiten einstellen mußten. Alle Reserveteile der Maschinen wurden requiriert. Schließlich wird auch unbedingt der Arbeitermangel nach dem Kriege bedeutend größer sein, wie vordem.

Der Verbrauch an Steinkohle (im Jahre 1913 7 155 555 t) war geringer, wie die tatsächliche Nachfrage im Königreich Polen. Hierbei mußten manche Gegenden, die keine Eisenbahnverbindung haben, vollständig unbeliefert bleiben.

Von den im Jahre 1913 geförderten 6 883 000 t blieben im Königreich Polen 5 973 565 t (d. h. 83%), und während unsere Kohle auch nach Rußland und dem Auslande ausgeführt wurde, stellte sich in manchen Gegenden, infolge der ungünstigen inländischen Transportverhältnisse, der Bezug schlesischer Kohle lohnend. Allerdings wird die Differenz zwischen dem polnischen Gesamtverbrauch von 7 155 555 t und den von den polnischen Gruben gelieferten 5 973 000 t zum Teil durch Koks und Gaskohle erklärt, die wir nicht besitzen, jedoch wurde auch für Hausbrand sehr viel ausländische Kohle verbraucht. Die Belieferung des Gouvernements Kalisch z. B. erfolgte nur zu 33% durch Dombrowaer Kohle, dagegen zu 67% durch ausländische.

Wie verhältnismäßig gering der Kohlenverbrauch des Königreichs Polen war, lehren folgende Zahlenangaben.

Im Jahre 1913 wurden verbraucht:

im Königreich Polen . . . 7 155 555 t
in Deutschland . . . . 159 338 932 t
in Oesterreich . . . . . 30 556 157 t

außerdem noch viel größere Mengen an Braunkohle.

Der Verbrauch pro Kopf betrug:

im Königreich Polen im Jahre 1913 . ca. 556 kg (ohne Koks)
in Deutschland im Jahre 1911 . . . ca. 3015 kg
in Oesterreich im Jahre 1909 . . . ca. 983 kg (nach „Glückauf" 1911)
in Frankreich im Jahre 1909 . . . ca. 1393 kg
in England im Jahre 1909 . . . . . ca. 4013 kg

Nach der ziemlich zuverlässigen Statistik des Konseils der Kongresse der Bergbauindustriellen im Königreich Polen (Daten, betreffend die Kohlenindustrie) konnte nach gewissen Landesteilen Polens, die zusammen 33 000 qkm umfassen und ein Viertel des ganzen Gebietes ausmachen, keine Kohle geliefert werden, weil es an Bahnverbindung mangelte. Diese Gegenden könnten für Hausbrandzwecke etwa 1 000 000 t Kohle verbrauchen und ersetzen sie zurzeit in der Hauptsache durch Holz. Weiter hat die Statistik des Jahres 1908 gezeigt, daß die Fabriken und industriellen Anlagen außer der Kohle von anderem Brennmaterial eine Menge verbraucht haben, die durch 250 000 t Kohle hätte ersetzt werden können. Die Gesamtmenge der so noch im Königreich Polen als Ersatz für anderes Brennmaterial unterzubringenden Kohle belief sich im Jahre 1918 demnach auf:

1 250 000 t,

und im Jahre 1913 würde sie, bei einer durchschnittlichen normalen Steigerung des Verbrauches um 5% jährlich, betragen:

1 562 500 t.

Die wirkliche Nachfrage betrug daher im Jahre 1913:

7 155 555 t
1 561 500 t
zusammen: 8 718 055 t.

Falls es sich um die in baldiger Zukunft nach Kriegsende zu erwartende Kohlennachfrage im

Königreich Polen handelt, so dürfte dieselbe größer sein wie die oben angegebene Ziffer. Die wenigen Eisenbahnen im Königreich Polen haben für ihren Bedarf im Jahre 1913 verbraucht:

ca. 970 000 t Steinkohle.

Der polnische Staat wird selbstverständlich nach einer schnellen Verbesserung der anormalen, durch strategische Beweggründe diktierten Transportbedingungen und nach einer Vermehrung des Bahnnetzes streben: Es entfallen auf 100 qkm Fläche im Königreich Polen 2,79 km Eisenbahnen, während im landwirtschaftlichen Ostpreußen, das das am wenigsten entwickelte Eisenbahnnetz in ganz Deutschland besitzt, diese Verhältniszahl 6,27 beträgt; in Galizien, wo der Mangel an Eisenbahnen bereits stark fühlbar wird, entfallen auf 100 qkm Fläche 4,97 km Eisenbahnen. Da nun die Bevölkerungsdichte im Königreich Polen durchaus nicht geringer ist wie in Ostpreußen und Galizien, so ergibt sich daraus, daß selbst, wenn man der zukünftigen Entwicklung der polnischen Industrie keine Rechnung tragen wollte, das Eisenbahnnetz im Königreich Polen schon in der allernächsten Zeit nach dem Kriege verdoppelt werden müßte. Im Zusammenhang damit würde sich auch der Kohlenverbrauch durch die Eisenbahnen auf etwa 1 Million t verdoppeln (unter Zugrundelegung der früheren Normen). Die tatsächliche Nachfrage, berechnet für das Jahr 1913, die etwa 9 Millionen t betragen hatte, würde sich auf ca. 10 Millionen t steigern, und zwar selbst dann, wenn der Brennmaterialverbrauch für Industriezwecke und Hausbrand, im Vergleich zu 1913, sich nicht erhöhen sollte. Eine solche Nachfrage zu befriedigen, wird noch lange Zeit hindurch die Produktion des Dombrowaer Reviers nicht imstande sein.

Angesichts des Zustandes der heruntergewirtschafteten Gruben darf nach dem Kriege nicht damit gerechnet werden, daß die Förderung sich erhöhen wird, und es wäre schon ein sehr günstiges Resultat, wenn wir nach einigen Jahren den früheren Stand erreichen könnten. Eine weitere Erhöhung dieser Produktion wäre jedoch nicht geboten, und zwar schon allein wegen der Notwendigkeit der sparsamen Wirtschaftsführung mit dem geringen Kohlenvorrat.

Wenn wir also damit rechnen, daß unsere Kohlennachfrage zu 70% durch das Dombrowaer Revier gedeckt werden kann, so ergibt sich, daß wir das Manko von 30% zum Teil durch anderes Brennmaterial ersetzen, zum Teil aus dem Auslande einführen müssen.

Von einer Möglichkeit, irgendwo in Polen noch weitere Kohlenlager außer den Dombrowaer zu entdecken, kann gar keine Rede sein.

Holzbrand ist gleichfalls ausgeschlossen, denn wir besitzen nur wenig Wälder; diese sind außerdem während des Krieges durch die Okkupanten stark ausgerottet worden, so daß der polnische Staat nach dem Kriege eine besonders sparsame Waldwirtschaft führen muß. Im übrigen kann der Jahresnachwuchs unserer Wälder nicht einmal 3/5 unserer Nachfrage an Bauholz decken.

In den 30% Brennmaterialverbrauch ist auch der Koks und die Gaskohle enthalten, und diese können nur aus dem Auslande eingeführt werden. Wenn der Staat die Torf- und Braunkohlenindustrie unterstützen wird, so kann ein Teil der übrigen Nachfrage durch eigenes Brennmaterial befriedigt werden.

So stellen sich diese Verhältnisse im gegenwärtigen Augenblick dar und so dürften sie auch während der ganzen Uebergangszeit bleiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung des jungen Staates wird, nach Ueberwindung der anfänglichen Schwierigkeiten, zweifellos eine starke Steigerung des Verbrauches an Kohle zur Folge haben, und — was hieraus folgt — auch zur Erhöhung der Importnotwendigkeit führen.

Im Besitze des Dombrowaer Kohlenreviers werden wir jedenfalls imstande sein, die schwierigsten und teuersten Zeiten beim Wiederaufbau unserer Staatlichkeit durchzuhalten, in unserer Handels- und Zahlungsbilanz die Ausgabe mehrerer dem nachkriegerischen Wert von 7 Millionen t Kohle entsprechender Millionen Mark zu ersparen — und in der Zukunft wird unsere eigene Produktion außerdem einen wirkungsvollen Preisregulator im Kohlenhandel bilden.

Ohne das Dombrowaer Kohlenrevier ist die Selbständigkeit des Königreichs Polen eine Fiktion.

Politische Gedankensplitter.

Von Ignacy Boruta.

Aus der Gefangenschaft gibt es nur zwei Auswege: entweder so lange auf die Ketten schlagen, bis sie zerspringen, oder so lange den Gefangenen schlagen, bis er seine Ketten nicht mehr vergessen kann.

* * *

Politische Aspirationen eines Volkes stützen sich vor allem auf wirtschaftliche Fundamente, aber die politische Ideologie ist nicht ein einfaches Glied in der Kette der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Der Glaube eines Volkes an sein Recht auf Unabhängigkeit ist kein Objekt des wirtschaftlichen Umsatzes. Das Ideal der Unabhängigkeit wird kein Volk auf einem Handelsmarkt oder auf einer Handelsstraße finden können, wenn es ihm nicht schon im Blute sitzt.

* * *

„Wir verneigen uns bis zur Erde," so rief im russischen Reichsrat Graf Bobrinskij an dem denkwürdigen Tage des 6. August 1915, nach der Vertreibung der Russen aus Warschau, aus — „wir verneigen uns bis zur Erde vor dem Unglück unserer polnischen Brüder; wir beklagen den Verlust der Hauptstadt Polens, unserer Schwester, aber wir sagen ihr nicht: Leb wohl für immer! Ueber die Schützengräben weg rufen wir ihr zu: Auf Wiedersehen!"

Der arme Graf Bobrinskij!

Als er über dem „Unglück" Polens Tränen vergoß, hat er nicht geahnt, daß sein prophetischer Ausruf von der Weltgeschichte aufgenommen und sehr bald verwirklicht werden wird, jedoch mit einer kleinen Ergänzung:

Auf Wiedersehen .... in der gemeinsamen Okkupation.

Henryk Dabrowski (1755—1818).

Von Professor Wacław Tokarz.

Jan Henryk Dąbrowski, Sohn des sächsischen Chevauxlegerskapitäns Jan Michael und der Sophie Marie geborenen Lettow, wurde am 29. August 1755 in Pierzchowiec, im Kreise Bochnia, geboren. Der Vater blieb nur kurze Zeit in Polen und nahm bei der Rückkehr nach Sachsen den Sohn mit. Der junge Dąbrowski wurde zuerst in einer Schule in Kamenz untergebracht, später leitete seine Ausbildung der Oberst Lestocq. Der Unterricht dauerte kaum vier Jahre, denn schon im Jahre 1770 finden wir den 15jährigen Henryk Dąbrowski als Fähnrich im Chevauxlegersregiment Prinz Albrecht. Erst 10 Jahre später, als er seine Bildungsmängel spürte, gab er sich dem eingehenden Studium der mathematischen und Ingenieurwissenschaften hin, studierte ferner auch topographisches Zeichnen und Taktik. Im Jahre 1774 zum Leutnant ernannt, nahm er einen übrigens sehr geringen Anteil am bayerischen Erbfolgekrieg. Im Jahre 1780 verheiratete er sich mit Gustave Henriette Rackel, Tochter eines sächsischen Kürassier-Oberstleutnants, und ließ sich, zur Garde versetzt, ständig in Dresden nieder.

Im Jahre 1790, bei der Reorganisation der Armee der polnischen Republik, wurde Dąbrowski denjenigen Offizieren in fremden Diensten hinzugerechnet, deren Gewinnung im Staatsinteresse lag. Er schwankte lange. Erst im Jahre 1792 verließ er die sächsischen Dienste und wurde sogleich Vize-Brigadier bei Madaliński. Er übernahm seinen neuen Dienst in dem Augenblick, als nach dem kurzen, aber ehrenvollen Widerstand des Fürsten Josef Poniatowski die russischen Truppen den Bug

überschritten und der König der Konföderation von Targowica beitrat. Dąbrowski, „in einer ihm fremden Umgebung“, „fremd nach Sprache und Sitten“, „gewöhnt an Gehorsam und militärische Disziplin“, versah den Dienst in der Militärkommission. Nach Ausbruch des Aufstandes von 1794 verhaftet, wäre er fast das Opfer der Leidenschaft der rasenden Menge geworden, jedoch hat das Militärdepartement ihn von dem auf ihm lastenden Verdacht gereinigt, und Kościuszko ernannte ihn kurz darauf zum General-Major. Bei der berühmten Belagerung von Warschau ist besonders der 28. August ein kritischer Tag gewesen; an diesem Tage hat Dąbrowski den Generalsturm des Feindes abgeschlagen. „Mit diesem Tage“, so schreibt sein Biograph, „trat Dąbrowski in die breite Oeffentlichkeit der Weltgeschichte ein.“

Als die Feinde von den Mauern Warschaus abgezogen waren, sandte Kościuszko Dąbrowski mit einem kleinen Korps nach Großpolen, damit er dem sich dort entwickelnden Aufstande zu Hilfe komme. Er besetzte Gnesen, lieferte ein Gefecht bei Łabiszyn, eroberte Bromberg und stand vor Thorn. Als die feindlichen Kräfte stärker wurden, zog er sich mit Hilfe des Fürsten Poniatowski aus Großpolen zurück. Es war dies schon nach der Niederlage Kościuszkos bei Maciejowice. Nachdem Suworow Warschau eingenommen hatte und der Rest des polnischen Heeres bei Radoszyce aufgelöst war, fand er sich als Gefangener in Warschau. Bald darauf war er in Frankreich. Im Jahre 1797 gelang es ihm, den von den polnischen Emigranten so oft betriebenen und von der französischen Regierung wiederholt abgelehnten Plan der Bildung von polnischen Legionen zu verwirklichen. Das Los der Legionen war zwar tragisch, aber sie haben den Ruhm der polnischen Tapferkeit weit in die Welt getragen, und ihr Lied wurde zur polnischen Nationalhymne. Im Jahre 1806 stand er mit den Resten der Legionen in der Cisalpinischen Republik, als ihn Napoleon, nach Besiegung Preußens bei Jena, zu sich berief. Mit Napoleon zusammen zog er dann in Posen ein und organisierte dort die polnische Armee. Bei Tczew wurde er verwundet und kämpfte später bei Friedland. Damals wurde er von Napoleon mit einer Donation beschenkt, zu der das Gut Winnagóra gehörte. Nach Tilsit zog er mit seiner Division in Warschau ein. Als Organisator der Armee des Großherzogtums Warschau hat er sich große Verdienste erworben. Nach dem Treffen bei Raszyn (1909) riet er dem Fürsten Poniatowski, nach Galizien einzumarschieren. Siegreich kämpfte er bei Radzymin, Łęczyca, vereinigte sich mit dem Fürsten Poniatowski und war mit ihm bei der Einnahme Krakaus (am 15. Juli).

Im Jahre 1812 zeichnete er sich bei Mohilew als Divisionsführer aus. Bei dem Rückzug der großen Armee deckte er den Uebergang über die Beresina. Bei Studzianka verwundet, gelangte er nach Warschau, wo er sich gesund kurierte, um dann bei Leipzig die Hallesche Vorstadt zu verteidigen. Nach dem Tode des Fürsten Poniatowski übernahm er den Oberbefehl über den Rest der polnischen Armee, die nach der Einnahme von Paris in Mans stationiert wurde. Nach dem Frieden von Paris übertrug ihm der Kaiser Alexander I. die Organisation der polnischen Armee. Er kam nach Warschau am 6. Juni 1814. Zurzeit des Kongreß-Königreichs war er General der Kavallerie, Senator und Wojewode. Im Jahre 1816, nach 24jährigem nationalen Dienst, nahm er seine Entlassung und ließ sich für ständig in Winnogóra nieder.

Er starb am 6. Juni 1818.

Wir bringen nachstehend eine vortreffliche Charakteristik Dąbrowskis aus der Feder von Wacław Tokarz, Professor der Geschichte an der Jagiellonischen Universität in Krakau, des Verfassers des in polnischer Sprache erschienenen, höchst bedeutsamen Werkes „Die Armee des Königreichs Polen“ und Herausgebers zweier militärischer Zeitschriften: „Wiarus“ und „Bellona“.

Die Redaktion.

Schon zu Lebzeiten machte Dąbrowski den Eindruck eines Menschen, der seine Umgebung um Kopfeslänge überragte. In Kościuszko, im Fürsten Josef Poniatowski überwogen, trotz aller ihrer historischen Bedeutung, die Merkmale des niedergehenden Polens. Dąbrowski aber erinnerte an die Generation jener großen Männer des mächtiger werdenden Polens der einstigen Zeiten.

Die Wirksamkeit Dąbrowskis zeigte keine Merkmale von Effekthascherei, dafür aber verbissener und durch keine Hindernisse zu brechender Ausdauer. Wenn er einmal einen Entschluß gefaßt hatte, so blieb er ihm bis zum Ende treu, sollten auch Hindernisse ihm alles zerstören, ihm einen Arbeitskameraden nach dem anderen rauben und ihn selbst mit dem Odium eines der nationalen Idee fremden Kondotiers belasten. Die Krisis bei den Legionen im Jahre 1801 knickte sofort den Kniaziewicz, fegte aus den Legionen die edelsten Gefühlsmomente heraus und rief im Lande eine tiefe antifranzösische Reaktion hervor. Dąbrowski verblieb am Platze und hielt bei den Ueberresten der Legionen aus. Das Jahr 1806 hat bewiesen, daß er, nicht Kniaziewicz oder Fiszer, recht hatte und daß die Rettung der Idee der Legionen und die Bewahrung dieser Schar von Offizieren, die später in den Formationen der polnischen Armee

so nützlich waren und die Entstehung des Großherzogtums Warschau ermöglicht hatten, eine politische Tat von weitreichendester Bedeutung war. Im Jahre 1813, nach der russischen Katastrophe Napoleons, erstarkte bei uns die antifranzösische Strömung, die zu einem Bruche mit Napoleon drängte und auf die Armee großen Einfluß ausübte. Dąbrowski war kein prinzipieller Anhänger des Bündnisses mit Frankreich um jeden Preis. Es ist z. B. geschichtliche Tatsache — die Korrespondenzen der französischen Organe im Großherzogtum beweisen es —, daß Napoleon, der Dąbrowski zu den gefährlichsten, bahnbrechenden Missionen auf polnischem Boden benutzte, im Augenblick der Stabilisierung der Verhältnisse ihn mit Absicht zur Seite schob und den plastischer wirkenden Fürsten Poniatowski bevorzugte. Für die Franzosen war Dąbrowski sowohl zu Zeiten der Legionen wie des Großherzogtums Warschau zu selbständig und zu unternehmungslustig. Dąbrowski glaubte aber, daß unser nationales Interesse ein Verbleiben an der Seite Napoleons verlange. Deshalb führte er auch seine Division nach Glogau und von dort nach Wetzlar, zur großen Armee, und schuf dadurch einen Präzedenzfall, der die Entschlüsse des Fürsten Poniatowski in Krakau sehr wesentlich beeinflußte und diesen, trotz der großen Schwierigkeiten, zum Marsch zur großen Armee veranlaßte. Im Jahre 1814 widerstrebte ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Polen der Bildung einer Armee unter der Kuratel Alexanders I., was allerdings für unsere Napoleonskämpfer ein großes seelisches Problem bedeutete, trotzdem es durchaus dem nationalen Interesse entsprach. Aus dem Heer kamen Eingaben, die öffentliche Meinung übte auf die Mitglieder des Organisationskomitees einen Druck aus und wollte sie zum Rücktritt und zum Niederreißen des Aufgeführten veranlassen. Damals warf Dąbrowski seinen großen Einfluß auf die Wagschale und brachte dieselbe zum Ueberwiegen, zum Glück und zum großen Nutzen des Vaterlandes. Schon an der Grabesschwelle, fühlte Dąbrowski, daß die Verhältnisse im Kongreß-Königreiche kein ruhiger Hafen für Polen sein werde, sondern nur ein Ausgangspunkt zu neuen Kämpfen um die Unabhängigkeit; er fand Wege zur Anknüpfung von Beziehungen zu den jungen Offizieren und wies ihnen die Richtung für die Zukunft. Aus diesen seinen Andeutungen, aus dieser seiner Ausdauer in der Arbeit für Polen bis zum Grabe, wurde die Idee der Łukasiński, Prądzyński, Krzyżanowski usw. geboren, die Idee des für Polen trotz allem so großen Aufstandes von 1830.

Dąbrowski gehörte nicht zu denjenigen Politikern, die jeder momentanen politischen Lage eine neue politische Idee anpassen und die glauben, daß die Zukunft der Nation sich durch ein kompliziertes Spiel politischer Kombinationen gewinnen läßt; er blieb auf der geraden Linie. Wenn er einmal etwas für richtig erkannt hatte, schwankte er nicht lange und schreckte auch nicht davor zurück, die Verantwortung auf sich zu nehmen. So handelte er z. B. im Jahre 1806, als er Großpolen zu den Waffen rief, trotzdem damals nicht nur von irgendwelchen Garantien, sondern von irgendeinem Erfolg der napoleonischen Waffen überhaupt im voraus die Rede sein konnte. Ihm genügte es, daß man den Polen die Waffen in die Hand gibt, und diese Waffen in der Hand sind eine stärkere Garantie wie Worte oder Papier. Ihn plagten auch nicht die Skrupel, die den Fürsten Poniatowski so lange zurückhielten. Er vollbrachte eine Tat nach der anderen, und diese Taten trieben dann das polnische Problem vorwärts, drängten Warschau die Entscheidung Posens auf, verpflichteten Napoleon, führten in gerader Linie zum Großherzogtum Warschau. Ebenso verhielt es sich auch mit den Legionen in Italien. Die Idee als solche war schon lange entstanden, viele dachten daran, aber erst die gradlinige und elastische Energie Dąbrowskis ermöglichte ihre Verwirklichung. Als die Offiziere der Legionen sich durch Bedenken juristisch-rechtlicher Natur gebunden fühlten, achtete Dąbrowski ihrer nicht und tat, was er für richtig hielt. Er glaubte an seine Kraft, glaubte an die Früchte vollendeter Tatsacsen.

Sein klarer, durch und durch politischer Geist verschmähte die Pose der Unversöhnlichkeit, hinter der so oft die Neigung zu ganz ungünstigen Kapitulationen sich birgt — er verschmähte die Politik lediglich einer schönen „Geste"; für ihn gab es keine Lagen, aus denen man nicht Auswege zur Rettung des öffentlichen Interesses suchen müßte. Diese seine Eigenschaften haben ihm auch manche Feinde gemacht.

Nach dem unglücklichen Feldzug des Jahres 1792 und dem Siege der Konföderation von Targowica verließ Dąbrowski nicht das Land, sondern blieb in der Heimat, reichte dem unglückseligen Grodnoer Landtag Denkschriften ein, arbeitete in der Militärkommission fatalen Angedenkens. Es ist wohl möglich, daß er dies aus einer gewissen Unkenntnis der Verhältnisse getan hat, daß er sich auf seinem Posten erhalten wollte. Heute aber wissen wir auch, daß er sich der zweiten Teilung Polens mit bewaffneter Hand widersetzte, daß er in dieser Zeit für die spätere Insurrektion Kościuszkos das kostbare Erbe der Korps der polnischen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zu retten versuchte. Nach dem Blutbad von Praga und dem Fall Warschaus verfiel die polnische Armee, immerhin noch zahlreich, einer elementaren Desorganisation. Manche Führer wollten schon mit Rußland Kapitulationsverhandlungen anbahnen. Nur Dąbrowski begriff, daß man auch in diesem Unglück an die Zukunft des Landes denken müsse und regte Verhandlungen mit derjenigen Macht an, in deren Interesse die Aufnahme des polnischen Problems liegen mußte — mit Preußen.

In den Dienst dieser allgemeinen politischen Richtung stellte Dąbrowski sein außergewöhnliches Organisationstalent. Er, ein Schüler des pedantisch geordneten sächsischen Heeres, ein eifriger Anhänger der Ordnung und Disziplin, verstand es, sich Polen so anzupassen, daß er immer neuere Truppen aus ihm herausholte und, was wichtiger ist, sie auch im Zaume hielt. Aus dem Aufstand Kościuszkos, aus der Schar neuer Truppen und großpolnischer Insurgenten verstand er es, eine exakte Kampfeinheit zu schaffen, die sogar nach dem Fall Warschaus bis zum Schluß in Reihe und Glied blieb. Heute, wo wir schon aus der eigenen Erfahrung historische Dokumente zu lesen verstehen, begreifen wir auch, welche Schwierigkeiten die Franzosen der Formation der Legionen auf Schritt und Tritt bereitet haben, wie, sie ihr die Selbständigkeit, die Eigenschaft einer Dreiwaffentruppe nehmen wollten usw. Jeder französische General begann mit der Reformierung der Legionen. Dąbrowski überwand alle diese Hindernisse; keinen Augenblieck ließ er sich dadurch von dem einmal gewählten Weg ablenken. Die Legionen bestanden übrigens aus sehr verschiedenartigen Elementen, innerhalb des Offizierkorps waren diese vielfach noch empfänglicher für Eindrücke, als gegenwärtig. Wie viele Verwirrungen, Beratungen, Zuflüsterungen und Intrigen hat es doch dort gegeben, die durchaus nicht wählerisch in der Wahl der Mittel waren. Dąbrowski hat aber die Beherrschung des Ganzen in der Hand behalten und verstand es sogar, die Zügel nicht fallen zu lassen, als sich die Donaulegion vollständig aufgelöst hatte. Im Jahre 1806 hat er fast aus einem Nichts eine Armee geschaffen, die — trotz aller Mängel und trotzdem sie erst nach Friedensschluß das eigentliche Waffenhandwerk zu üben begann — sich dennoch ausgezeichnet geschlagen hat. Im Jahre 1809 hat er aus dem verarmten, erschöpften Großpolen neue Regimenter herausgeholt und sie, fast ohne Kaders, direkt dem Feinde entgegengeführt. Im Jahre 1814 hielt er den Rest der polnischen Truppen im Zaum und leitete ihre Umbildung in die Armee des Königreichs Polen.

Er stellte sein glühendes Soldatenherz in den Dienst Polens und stand immer in der ersten Reihe der Kämpfenden. Er führte immer den jungen Soldaten, der vor allem durch den Mut des Führers im Feuer gehalten wurde. Bei Friedland aufs neue am Fuße verwundet, saß er nicht ab vom Pferde, um nicht die Soldaten mutlos zu machen; bei Trebbia mußte er aus der russischen Kavallerie herausgehauen werden, bei Beresina hat ihm eine Kugel die Finger zerschmettert, in denen er den Säbel hoch schwang und den Seinen den Weg wies. Der Soldat folgte ihm auch überallhin und schlug sich für ihn auf das heldenmütigste, wie z. B. bei Leipzig gegen die Russen, wo die tapfere Division Dąbrowski die größte Bewunderung der preußischen Historiker erregt hat.

Als Führer im Felde, als Strategiker und Taktiker, stand Dąbrowski nicht so hoch wie der Fürst Josef Poniatowski.

Seinen Taten, seiner Ausdauer — verdankt Polen die entscheidenden Züge seiner Geschichte nach den Teilungen: die Legionen, das Großherzogtum Warschau und die Bildung der Armee des Königreichs Polen.

Die Informationen des Herrn Cleinow.*)

Von Iza Moszczeńska.

Wenn die von dem Herrn Cleinow in Nr. 24 der „Grenzboten" mitgeteilte Nachricht über das Oberste Polnische Nationalkomitee und die polnischen Legionen in Amerika oder Australien erschienen wären, so könnte sie als Kuriosum aufgenommen werden, ohne jedoch Verwunderung zu erregen. Da England die Unterseekabel beherrscht, so können nach den überseeischen Ländern nur ungenaue und Bruchnachrichten gelangen, aus denen die Phantasie dann die seltsamsten Bilder gestalten kann. Aber selbst in Amerika würden sich genügend Personen finden, die es an Hand von Beweismaterial belegen könnten, daß das, was Herr Cleinow über das Oberste Pol-

*) In der von Herrn Georg Cleinow herausgegebenen Zeitschrift „Die Grenzboten" (Nr. 25) lesen wir folgende Erklärung:

„Das polnische Pressebureau in Berlin verbreitet folgende Ableugnung zu meinen Ausführungen vom 2. Mai d. J.:

„In Nr. 19 der ‚Grenzboten' findet sich die Wiedergabe des Vortrages des Herausgebers Herrn Cleinow, den derselbe im Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden am 21. Mai d. J. gehalten hat. In diesem Vortrag sagte Herr Cleinow:

„In aller Erinnerung ist noch der dreiste Versuch des Warschauer Regentschaftsrates (wohl gemerkt! Anm. d. „P. Blätter"), eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen."

Vom polnischen Staatsdepartement in Warschau erhalten wir die amtliche Ermächtigung zu der Erklärung, ‚daß die Behauptung des Herrn Cleinow, der Warschauer Regentschaftsrat habe mit dem Präsidenten Wilson eine direkte Verbindung herstellen wollen, jeglicher Grundlage entbehrt.'

„Der polnische Dementierapparat ist leidlich vergeßlich. Am 30. Januar 1917 wurde nämlich in der Presse folgende halbamtliche Wolffdepesche veröffentlicht:

Warschau, 30. Januar.

„Der provisorische Staatsrat (wohl gemerkt! Anm. d. „P. Blätter") hat in seiner letzten Sitzung aus Anlaß der Friedensnote Wilsons folgendes Telegramm an Wilson gesandt:

„Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen, der auf Grund des Aktes vom 5. November 1916, mit dem die Monarchen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns feierlich die Erstehung des polnischen Staates verkündet haben, berufen worden ist, hat Ihre Note, verehrter Herr Präsident, mit Freude zur Kenntnis genommen. Es ist in diesem Kriege das erstemal, daß das Haupt eines mächtigen neutralen Staates und der oberste Vertreter einer großen Nation amtlich erklärt hat, daß nach seiner Ueberzeugung die Unabhängigkeit des polnischen Staates die einzige gerechte Lösung der polnischen Frage und die unumgängliche Bedingung eines dauernden und gerechten Friedens sei. Für dieses kluge und edle Verständnis der Rechte des polnischen Volkes bringt Ihnen, verehrter Herr Präsident, der provisorische Staatsrat im als erster Anfang der Regierung des erstehenden Staates im eigenen Namen und im Namen der polnischen Nation seine tiefste Dankbarkeit und Huldigung zum Ausdruck."

„Der Leser wird selbst entscheiden, ob ich diesen Versuch der polnischen provisorischen Regierung (wohl gemerkt! Anm. d. „P. Blätter") einen „dreisten Versuch, eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen", nennen durfte, wenn er sich erinnert, daß damals gerade die Entscheidung über den Abbruch der Deutsch-Nordamerikanischen Beziehungen vor der Tür stand, und Herr Wilson sich anschickte, Deutschland den Krieg zu erklären. — Immerhin freuen wir uns, daß der jetzige Regentschaftsrat sich der Handlungsweise der damaligen polnischen Regierung schämt. G. Cl."

Es gehört wirklich viel Mut, aber auch eine große Geringschätzung der Leser der „Grenzboten" dazu, auf einen ernsten Vorwurf eine falsche Antwort zu erteilen. Herr Cleinow hatte behauptet, daß der Regentschaftsrat einen „dreisten" Versuch gemacht hat, eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen — jetzt erfahren wir, daß es der provisorische Staatsrat war, der sich bei Wilson für dessen polenfreundliche Kundgebung bedankte, also eine Körperschaft, die mit dem Regentschaftsrat nichts Gemeinsames hatte und zur Zeit deren Existenz der Regentschaftsrat gar nicht vorhanden war. Der Staatsrat hat nun im übrigen, wie aus seiner obigen Kundgebung ersichtlich ist, auch keinen „dreisten" Versuch gemacht, „eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen", sondern er hat sich nur für das Wilsonsche Wohlwollen Polen gegenüber bedankt — und dessen braucht sich der Regentschaftsrat auch nicht zu schämen, — und zwar zu einer Zeit, als zwischen Deutschland und Amerika kein Kriegszustand herrschte, als der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, mit dem Staatssekretär Zimmermann in herzlichstem Tone gehaltene Reden austauschte. Herr Cleinow, an die Wand gedrückt, rettet sich mit neuen — Spekulationen auf das schlechte Gedächtnis seines Lesepublikums.

Die Redaktion der „Polnischen Blätter".

nische Nationalkomitee verbreitet hat, unwahr ist und gar nicht einmal der Wahrheit nahe kommt.

Um so mehr muß dies verwundern, weil Herr Cleinow reichliche Gelegenheit hatte, sich aufs genaueste zu informieren, was die polnischen Legionen und das Oberste Polnische Nationalkomitee, das sie ins Leben gerufen hat, waren. Herr Cleinow war während der ersten Kriegsjahre Chef des deutschen Pressewesens in Polen, zuerst in Lodz und dann in Warschau, und hätte schon von Amts wegen die Pflicht gehabt, sich mit allem gedruckten Material über diesen Gegenstand bekannt zu machen.

Dieses Material war außerordentlich reichhaltig. Das Oberste Polnische Nationalkomitee entwickelte eine sehr lebhafte Verlagstätigkeit, schuf eine ganze politische Literatur, die zum Teil den Legionen unmittelbar gewidmet war, zum Teil der polnischen Frage im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kriege. Es hat auch in einem Prachtband seine „Dokumente" herausgegeben; im Mai 1917 erschien dieses Werk, das alle amtlichen Dokumente über die polnischen Legionen bis zu ihrer Uebergabe am 10. April 1917 an den polnischen Staat durch den Kaiser Karl umfaßt. In diesem seriösen Band finden sich als Anhang und Schlußwort die Artikel des Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Professor Dr. Leopold Jaworski: „Unsere Forderungen und Polen als Brückenkopf in der Politik und Wirtschaft" sowie verschiedene andere programmatische Aufsätze von St. Smolka, R. Battaglia usw.

Wir empfehlen Herrn Cleinow dies Werk aufs wärmste, denn schon das Vertrautwerden mit seinem Inhalt hätte ihn von den schwerwiegenden Irrtümern zurückgehalten, die er in seinem Aufsatz verbreitet. Keinem journalistischen Dilettanten können solche Irrtümer verziehen werden, um so weniger also einem Schriftsteller, der als Sachverständiger in polnischen Angelegenheiten gelten will. Wir müssen nun aber betonen, daß in dem vorerwähnten Buche von der ersten bis zur letzten Seite sich nur solche Schriftstücke befinden, die Herr Cleinow, als Leiter des Zensurwesens innerhalb des deutschen Okkupationsgebietes, nicht durchgelassen hat. So lange er nämlich sein Amt innehatte, durften die polnischen Zeitungen über das Oberste Polnische Nationalkomitee und die polnischen Legionen auch nicht die geringste Erwähnung bringen. Die Zensur des Herrn Cleinow war so unerbittlich, daß sie den ihr unterstehenden Zeitungen verbot, die Berichte des deutschen Hauptquartiers abzudrucken, sobald in diesen lobende Anerkennungen der polnischen Legionen enthalten waren. Mehrere solcher durch die Zensur des Herrn Cleinow ausgemerzten Telegramme bringen die „Dokumente" des Obersten Polnischen Nationalkomitees; diese Telegramme tragen die Unterschriften der Generale v. Gerock, v. Dieffenbach, Conty. Es ist sogar einmal vorgekommen, daß die Wolffsche Telegraphenagentur eine Depesche nach Warschau übermittelt hat, in der ein Lob des Kaisers Wilhelm über die polnischen Legionen enthalten war. Auch diese Depesche wurde durch die Zensur des Herrn Cleinow „zurückgestellt" — und erst eine dreimalige Erinnerung der Redaktion hatte zur Folge, daß man die Nachricht durchließ und es nicht wagte, auf dieses Telegramm den Vermerk „Gestrichen" aufzuschreiben. Das war aber auch die einzige Nachricht dieser Art.

Vier Wochen nach der Ankunft des Herrn Cleinow in Warschau wurden zwei polnische Publizisten, die Herren Rzymowski*) und Hołówko, wegen (offiziell war damals in Warschau noch keine Zensur eingeführt) zustimmender Artikel zu der Idee der polnischen Legionen, verhaftet und in ein deutsches Gefangenenlager gebracht.

Niemand hat damals angenommen, daß Herr Georg Cleinow dieses Verbot des Lesens der Artikel, Schriften und Bücher des Obersten Polnischen Nationalkomitees und der polnischen Legionen auch auf sich bezieht. Wenn er so das Prinzip auffaßte, das er als Zensor verkündet hat, so muß er sich schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß er die einzige Person war, für die jenes Verbot sich als wirksam erwiesen hat. Niemand in Polen und sehr wenige Personen außerhalb Polens

*) Dessen politische Bekenntnisse wir als Einleitungsartikel zu dieser Nummer veröffentlichen. Anm. d. Red.

sind derartig in Unkenntnis dieses Gegenstandes geblieben, daß sie die jetzt von Herrn Cleinow verbreiteten Informationen ernst nehmen sollten.

Herr Cleinow schreibt über den Polenklub in Wien: „Dies polnische Koło ward im Laufe der Jahre mehr und mehr demokratisiert und wurde schließlich beherrscht von dem Obersten Polnischen Nationalkomitee, das schon ganz offen keine Habsburgische, sondern oft genug im Gegensatz dazu eine ausgesprochen polnische Politik verfolgt."

Herrn Cleinow sind offenbar folgende elementare Tatsachen unbekannt: Das polnische Koło existiert so lange wie der galizische Landtag, und das Wiener Parlament und die Abgeordneten beider parlamentarischen Körperschaften gehören ihm an. Das Koło mußte sich demokratisieren, als das Wiener Parlament sich infolge der Wahlreform demokratisiert hatte; das Oberste Polnische Nationalkomitee konnte darauf gar keinen Einfluß ausüben, weil es damals überhaupt nicht existierte. Das Koło hat am 16. August 1914, also gleich zu Beginn des Krieges, auf einer Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder beschlossen, das Oberste Polnische Nationalkomitee ins Leben zu rufen, zu dem außer den Mitgliedern des Koło auch eine Organisation gehörte, die als Provisorische Kommission und später als Kommission der konföderierten Unabhängigkeitsparteien bekannt geworden war und aus Polen verschiedener Parteischattierungen sowohl aus Galizien wie aus dem Königreiche bestand; diese Organisation leitete schon mehrere Jahre alle Vorbereitungen für ein bewaffnetes Auftreten der Polen gegen Rußland. Diese Mission übernahm nunmehr das Oberste Polnische Nationalkomitee, zu diesem Zwecke wurde es gegründet, zum Kampf mit Rußland hat es die freiwilligen polnischen Legionen organisiert und ausgerüstet, und für diese Idee machte es Propaganda unter allen Polen in Rußland und im Auslande und gleichzeitig hat es in einer ganzen Reihe von Broschüren, Schriften und höchst seriösen Werken den Beweis geführt, daß nur eine russische Niederlage und ein Sieg der Zentralmächte zur Wiedererrichtung Polens führen könne. Wenn also Herr Cleinow schreibt, „das Oberste Polnische Nationalkomitee ist panslawistisch", so rechnet er offenbar darauf, daß seine Zensurverbote heute noch in der Welt Geltung haben und die Auffassung, die er über das Oberste Polnische Nationalkomitee und die Legionen vorgeschrieben hatte, als wahr gelten kann.

Das Oberste Polnische Nationalkomitee hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß es eine polnische Politik führt. Es versuchte und brauchte dies auch nicht vor der österreichisch-ungarischen Regierung und vor dem österreichisch-ungarischen Armeekommando zu verbergen, denen es sehr gut bekannt war, daß die Legionen für die Sache des eigenen Vaterlandes kämpfen und sterben in dem Glauben, daß der Sieg Oesterreichs über Rußland zu der Wiedererrichtung Polens führen müsse. Als im Herbst 1914 die polnischen Legionen, nach Zurückwerfung des russischen Einbruches in das ungarische Komitat Marmaros Sziget, bei der Verfolgung des Feindes den Pantyr-Paß in den Karpathen überschritten, haben sie am höchsten Punkt des zurückgelegten und von ihnen selbst erbauten Weges ein Kreuz aufgerichtet mit der Inschrift: „Zu Dir, o Polen, und für Deinen Ruhm!"

Herr Cleinow, ganz erfüllt von den Ideen Metternichs, die für Polen so haßerfüllt und unversöhnlich waren, wollte sich und will sich auch heute nicht mit dem Gedanken versöhnen, daß das Interesse Oesterreichs und Deutschlands auch mit dem polnischen Nationalinteresse einig gehen kann; er ist noch ganz aufgewachsen in jener politischen Atmosphäre, wo die Unterdrückung und Entnationalisierung der Polen als erstes Gebot der Staatsweisheit der Teilungsmächte galt. Wenn jedoch die politische Entwicklung des Herrn Cleinow und ihm ähnlicher Geister heute noch in den Metternichschen Traditionen stecken geblieben ist und nicht über sie hinauswachsen kann, so ist er jedenfalls seinem Bildungsniveau schuldig, die Tatsache anzuerkennen, daß das Metternichsche Oesterreich nach Sadowa und Königgrätz aufgehört hat, zu bestehen, und daß alle späteren Generationen der Oesterreich bewohnenden Völker in ganz entgegengesetzten Traditionen aufgewachsen sind. Sie sind aufgewachsen in der Ueberzeugung, daß 1. eine antipolnische Politik für Oesterreich unmöglich ist, und 2. daß eine anti-österreichische Politik für Polen schädlich sein würde. So lange der Kaiser Franz Joseph

lebte, galten diese Wahrheiten als unumstößlich. — Kann Oesterreich gewinnen, wenn es diese Grundsätze verlassen wird. Können wirklich die Freunde Oesterreichs ihm diesen Richtungswechsel anraten. Erst die geschichtliche Erfahrung kann hierauf eine Antwort erteilen.

Der ganze Artikel des Herrn Cleinow zielt auf eine Vernichtung von Grund aus dieser ihm so verhaßten Tradition der gegenseitigen Eintracht und Harmonie zwischen Oesterreich-Ungarn und Polen. Er bemüht sich, bei dem Bundesgenossen Deutschlands dieselbe Polonophobie zu verbreiten, der er immer angehängt hat und die so viel dazu beigetragen hat, die polnischen Gemüter in dem okkupierten Land zu reizen und zu verhetzen, als dort Herr Cleinow sein Amt versah und einen verbissenen Feldzug gegen die polnischen Legionen, die eine lebendige Verkörperung, ein Symbol und zugleich auch eine Verheißung des zukünftigen Bündnisses zwischen Polen und Oesterreich-Ungarn waren, führte. Dieses politische Programm war immer jedem Panslawismus verhaßt, besonders dem Neoslawismus vom Jahre 1908, der, nachdem er das Chełmer Land verschlungen hatte, nunmehr die Zähne auf Ostgalizien wetzte, wo die Agenten des Grafen Bobrinskij nicht aufhörten, zu arbeiten, und über das Los der angeblich durch die Polen unterdrückten Karpathen-Russen Tränen vergossen; so wurde die Bahn vorbereitet für die Russeninvasion im Jahre 1914. Das waren gewiß gefährliche Postulate des Panslawismus, und gegen sie zogen die Legionen ins Feld.

Auf diese Tatsachen und Aufklärungen fußend, könnte man eher Herrn Cleinow panslawistische Sympathien zuschreiben oder wenigstens eine sich aufdrängende sonderbare Aehnlichkeit mit der panslawistischen Gedankenrichtung. Es scheint jedoch, daß diese Aehnlichkeit nur zufällig ist und daß der Verfasser des Grenzboten-Artikels unbewußt dem Panslawismus Dienste leistet.

Unter keinen Umständen kann man aber Herrn Cleinow als politischen Berater empfehlen. Eine falsche Einschätzung der Tatsachen und eine irrige Berechnung ihrer Folgen muß notgedrungen das öffentliche Vertrauen in seine politische Urteilsfähigkeit untergraben. Herr Cleinow hat sich als weniger voraussehender Politiker erwiesen, als das Oberste Polnische Nationalkomitee und die polnischen Legionen. Ihr Glaube, daß sie über die Karpathen-Pässe „zu Dir, o Polen und für Deinen Ruhm" gehen — hat sich am 16. November und auch am 10. April 1917 verwirklicht, als Kaiser Karl durch Befehl die Legionen als polnisches Hilfskorps dem polnischen Staat überwies.

Die polnischen Legionen, deren Geschichte Herr Cleinow offenbar gar nicht kennt, sich aber dennoch auf sie beruft, sind diesem Glauben treu geblieben, diesem Glauben, der sie zu der großen Mission führte, auf die dann am 10. April der Befehl beider Monarchen sie hinwies. Es hat nie an Personen, Parteigruppen, politischen Einflüssen und zuletzt auch Tatsachen gefehlt, die diesen Glauben der Legionen vergiften wollten und zugleich auch danach strebten, die Interessenbande zwischen Oesterreich und der nationalen Idee Polens zu zerschneiden. Einer dieser tödlichen Schläge war auch der Brester Friedensvertrag, dessen tragischer Epilog sich jetzt in Marmaros Sziget abspielt. So wie die Geschichte der Legionen ist Herrn Cleinow auch der Verlauf dieses Prozesses unbekannt. Sonst würde er heute, lediglich auf Grund des Anklageaktes, ohne Anhörung der Aussagen der Beschuldigten, der Reden der Verteidiger und dem Tenor des Urteils, die Angeklagten nicht als Hochverräter ansprechen*).

Ein solches Vorgehen gehört zu den am wenigsten zulässigen Methoden der Aufhetzung.

Herr Cleinow maskiert sich in seinem Artikel als aufrichtiger Freund Oesterreichs. Armes Oesterreich! Wenn deine Freunde dir solche Dienste erweisen, wie sehr müssen dir dann erst deine Feinde unrecht tun!

---

*) In dem Prozeß der polnischen Legionäre in Marmaros Sziget sind Vorsitzender und Auditor des Gerichts galizische Ukrainer. Angeklagt sind die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten derselben „eisernen" karpathischen Brigade, die im Herbst 1914 in Marmaros Sziget die erste Feuertaufe empfing und die russische Invasion über die Karpathen hinaus verdrängte. Die Teilnehmer jener Kämpfe sitzen heute auf der Anklagebank, und eine Folge der Uebertragung der Prozeßverhandlungen nach Ungarn ist die Nichtzulassung der polnischen Verhandlungssprache, was den Angeklagten in Galizien nicht verwehrt werden könnte. (Anm. der Redaktion.)

Dokumente der Polenpolitik.

I. Im polnischen Staatsrat.

In der zweiten Sitzung des Polnischen Staatsrates am 26. Juni 1916 wurden seitens der polnischen Regierung und der Führer der einzelnen Parteigruppierungen programmatische Erklärungen abgegeben.

Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten von Steczkowski lautete:

Hoher Rat! Vor noch nicht drei Monaten ist die gegenwärtige Regierung, in deren Namen ich die Ehre habe zu sprechen, mit einer Erklärung hervorgetreten, in der sie ihren Standpunkt in den Fragen auseinandersetzte, die sie für die grundsätzlichsten hielt. Sie kündigte damals an, daß es ihr Bemühen sein werde, möglichst schnell den Staatsrat vor allem zur Beschlußfassung über die Wahlordnung für den Landtag und das Heeresstatut ins Leben zu rufen.

Die Erfüllung dieser Ankündigung stieß jedoch auf Schwierigkeiten formeller und sachlicher Natur, und zwar diese letztere in dem Sinne, daß es uns notwendig erschien, die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden in der Sache der Uebernahme der staatlichen Verwaltung durch die polnische Regierung abzuwarten. Denn vom Ausgang dieser Verhandlungen wurde naturgemäß der Umkreis der gesetzgeberischen Tätigkeit der hierzu berufenen Faktoren, also vor allem des Hohen Rates, abhängig gemacht.

Diese Verhandlungen sind zwar noch nicht völlig beendigt, aber soweit vorgeschritten, daß sie eine hinreichende Grundlage für die Arbeiten dieses Hohen Hauses schaffen.

Mit voller Aufrichtigkeit, aber gleichzeitig mit Bedauern muß ich betonen, daß die Regierung nicht imstande war, im Laufe ihrer nahezu dreimonatigen Amtstätigkeit und noch vor dem Zusammentritt des Staatsrates diejenigen Punkte jenes Programms zu erfüllen, die sie als ihre erste Aufgabe ansah.

Die Frage der Heeresbildung ist auf einen toten Punkt gekommen, trotzdem hat die Regierung beschlossen, im Staatsrat nach Erlangung der einleitenden Zustimmung der Okkupationsbehörden den Entwurf des Heeresstatuts in der Ueberzeugung einzubringen, daß die Mitarbeit des Staatsrates in dieser Frage von allererster Bedeutung zu deren günstiger Erledigung mitwirken wird.

Die Frage der Uebernahme der Verwaltung ist soweit vorgeschritten, daß als Ergebnis einer ganzen Reihe von Konferenzen mit Vertretern beider Okkupationsmächte die Ueberweisung der ganzen sogenannten vorbereitenden Gesetzgebung an uns angekündigt worden ist, sowie derjenigen Zweige der Staatsverwaltung, die nach der Meinung der Okkupationsbehörden mit dem Kriegszustand nicht in Verbindung stehen und deshalb den Okkupationsbehörden aus Gründen militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur nicht vorbehalten wurden. Die auf diesen Konferenzen gefaßten Beschlüsse haben bereits die Bestätigung von seiten der Zentralbehörden in Berlin und Wien erlangt.

Die Uebergabe der politischen und der Finanzverwaltung verschieben die Okkupationsbehörden dagegen bis zu dem Augenblick, in dem die Regierung über eine entsprechende Zahl geschulter Beamtenanwärter verfügen wird. Nach unserer Ueberzeugung könnte dies gemäß den in dieser Hinsicht getroffenen Vorbereitungen noch im Laufe dieses Jahres eintreten. Ich kann jedoch nicht die Vermutung unterdrücken, daß ebenso die Heeresfrage wie auch die Frage der Ueberweisung der politischen und der Finanzverwaltung an uns im Grunde genommen mit der politischen Frage zusammenhängt, und daß sie solange nicht in einer dem notwendigen Bedürfnis des Aufbaus des Staates entsprechenden Weise werden erledigt werden, als nicht die politische Lösung und die Regelung des Verhältnisses des polnischen Staates zu den Zentralmächten eintreten wird.

Es ist klar, daß ein derartiger fortgesetzt provisorischer Zustand der Dinge für die Regierung eine außerordentlich schwierige Lage schafft und über eine intensive, und, wie ich meine, erfolgreiche Arbeit an der Vorbereitung der gesetzgebenden Grundlagen für die zukünftige staatliche Verfassung hinaus es ihr unmöglich oder wenigstens im höchsten Maße schwer macht, ein Aktionsprogramm in der Richtung eines administrativen, militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aufbaues unserer Staatlichkeit zu entwickeln.

Dies ist um so beklagenswerter, als wir vor der Notwendigkeit stehen, schwierige Probleme zu lösen, die hervorgerufen sind durch den wirtschaftlichen Zustand des Landes, seine Bedürfnisse in der nächsten Zukunft, die finanzielle Lage einiger großen Gemeinden, die Notwendigkeit, im Lande durch großzügige Reformen sozialwirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, die die Gefahr der vom Osten kommenden Strömungen beseitigen, und durch das Problem, der zahlreichen Schar von Landsleuten die Existenz zu ermöglichen, die nach mehrjährigem Umherirren mit der Hoffnung in die Heimat zurückkehrt, daß der eigene Staat sie mit der gebührenden Fürsorge umgeben wird. Dies wird aber nur eine Regierung vollbringen können, die im Besitz der vollen Gewalt und des entsprechenden staatlichen Apparates ist.

Diese Gesichtspunkte und gleichzeitig das Bewußtsein, daß es unsere erste Pflicht ist, alle Bemühungen aufzuwenden, damit der durch den Akt der beiden verbündeten Monarchen ins Leben gerufene polnische Staat dauerhafte öffentlichrechtliche Grundlagen erhalte und zu einer lebensfähigen, territorial und politisch bestimmten Schöpfung werde, haben veranlaßt, daß wir uns noch

im April d. J. an die Regierungen beider Zentralmächte mit einer schriftlichen Note wandten, in der wir unsere Ansicht hinsichtlich dessen darlegten, was wir in territorialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in einem Bündnis mit den Zentralmächten für die Zukunft unseres Staates für notwendig halten. Wir haben dabei vorgeschlagen, daß die Verhandlungen über diesen Gegenstand unter unserer Teilnahme möglichst schnell eingeleitet und durchgeführt würden. Auf diese Note haben wir eben erst von dem Herrn Reichskanzler die Antwort erhalten, daß die durch uns ausgedrückten Wünsche gründlich und wohlwollend mit der K. u. K. Regierung betrachtet und erörtert werden würden. Der Herr Reichskanzler versichert uns hierbei, daß die endgültige Lösung nicht erfolgen wird ohne Verständigung mit den eigentlichen Organen der polnischen Nation. Auf denselben Standpunkt steht auch die Leitung der äußeren Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie die verlesene Depesche des Grafen Burian überzeugen konnte.

Die konkreten gesetzgebenden Aufgaben des Hohen Rates gehen aus dem Bedürfnis hervor, dem erstehenden Staate die gesetzlichen Grundlagen für alle Zweige des staatlichen Lebens zu verleihen. Es wird also Aufgabe des Hohen Rates sein, nicht nur die Bedingungen für die Berufung des Landtags zu schaffen, dessen Kompetenz sowohl die Verfassung, als auch die endgültige Ratifizierung eventueller Verträge von internationaler Bedeutung vorbehalten bleiben müssen, sondern auch über eine ganze Reihe von Gesetzen zu beschließen, ohne die es nicht möglich sein würde, die Staatsbehörden und ihre Tätigkeit ins Leben zu rufen.

Insbesondere wird das Ministerium des Inneren dem Hohen Rate zur gesetzgeberischen Verhandlung vorlegen die Gesetzentwürfe über die Verwaltung des Königreichs Polen, über die Gemeinderäte, über die Verleihung des polnischen Bürgerrechts, über das Finanzwesen der kommunalen Verbände, über die Bauvorschriften der Dörfer und Städte, über die Regulierung der Städte, sowie das Statut der städtischen und ländlichen Gemeindeverfassung.

Das Finanzministerium ist, da es das zukünftige Staatsgebiet nicht kennt und bisher sich nicht auf eigene Steuereingänge stützt, sondern auf Dotationen aus dem Budget beider Okkupationsgebiete, leider nicht in der Lage, im gegenwärtigen Augenblick mit irgendeinem Finanzprogramm hervorzutreten. Die Vorlagen dieses Ministeriums werden sich demnach auf Gesetzentwürfe über die Organisierung der Finanzbehörden, über die Kriegskreditkasse zum Wiederaufbau des Landes, ebenso über eine ganze Reihe direkter und indirekter Steuern, über das Genossenschaftsgesetz, sowie über eine Staatslotterie beschränken. Dasselbe Ministerium wird in der nächsten Zeit die Ermächtigung zur Durchführung einer entsprechenden Kreditoperation fordern, um die Fonds für die Rückwanderungsfrage sowie zur Unterstützung unserer Fürsorge- und Rettungsinstitutionen, insbesondere hinsichtlich der Fürsorge für die Kinder zu gewinnen. Es versteht sich von selbst, daß dem Hohen-Rat der Rechnungsabschluß für das Jahr 1917 und das Budget für den nächsten Verwaltungsabschnitt werden vorgelegt werden. Dasselbe Ministerium wird dem Hohen Rat einen Antrag über die Vorschläge vorlegen, die den Okkupationsbehörden in der Frage der notwendigen Verfügungen auf dem Gebiete der Währung gemacht werden sollen.

Aus dem Gebiet der Tätigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft und Krongüter werden im Staatsrat u. a. Gesetzentwürfe über die Organisierung von Landämtern für die Grundstücksumlegung, die Regulierung der Servituten, die Teilung gemeinsamer Weiden usw., über eine staatliche Agrarbank, die die Erteilung von Kredit für Parzellierungen und Meliorationen bezweckt, endlich den Entwurf eines Fischereigesetzes vorgelegt werden.

Das Ministerium für Industrie und Handel hat bereits vorbereitet und wird zur gesetzgebenden Verhandlung vorlegen Entwürfe über das Patentamt, über die Patente auf Erfindungen, über den Schutz von Warenzeichen, über den Schutz von Zeichnungen und Modellen der Fabriken, endlich über Maße und Gewichte.

Von seiten des Justizministeriums werden Gesetzentwürfe einlaufen über den Mieterschutz, über das Firmenregister, über die Organisation des Anwaltstandes, über die übermäßige Preissteigerung und über die Jugendgerichte; Gegenstand weiterer Vornahmen wird eine Novelle zum Strafgesetz und ein Notariatsgesetz sein.

Das Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht wird Gesetzentwürfe vorlegen über die Regulierung der Lehrergehälter an den öffentlichen Elementarschulen, über die staatlichen Zuschüsse an die Gemeinden für die Bedürfnisse des Elementarschulwesens, über die allgemeine Unterrichtserteilung, über die Lehrerseminare, über die Mittelschulen, über die Stabilisierung der Universität und der Technischen Hochschule und über den Schutz der Denkmäler der Vergangenheit.

Endlich wird das Ministerium nach Uebernahme der die Konfessionen betreffenden Fragen von den Okkupationsbehörden Gesetzentwürfe zur Regulierung des Verhältnisses der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Konfession und des mosaischen Bekenntnisses dem Staate vorlegen.

Das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Arbeitsschutz, das bereits die Organisierung der staatlichen Fürsorge für Kinder und Mütter, eines Arbeitsvermittlungsamtes in Lublin und eines Arbeitsvermittlungsamtes für Rückwanderer durchgeführt hat, wird Entwürfe der Vorschriften über Arbeitsinspektionen, über Krankenkassen, über Schiedsgerichte, über die Organisierung von Sanitätsdienst, über die Bekämpfung der Schwindsucht, über Heilquellen und Kurorte des Landes, über Aerztekammern und über Organisation der Invalidenfürsorge vorlegen.

Diese und noch andere in Vorbereitung befindliche Gesetzentwürfe haben bis zu einem gewissen Grade den Charakter der staatlichen Notwendigkeiten, denn

wenn sie nicht beschlossen und rechtskräftig würden, würden die Funktionen des im Aufbau begriffenen Staates der rechtmäßigen gesetzlichen Grundlage beraubt sein.

So wage ich auch im Namen der Regierung zu bitten, an diese gesetzgebende Arbeit heranzutreten, in dem Vertrauen, daß alles, was dem Wohle der Nation und des Staates gereicht, in dem Hohen Rate eine warme Unterstützung voll bürgerlichen Eifers finden wird.

Gestatten Sie, geehrte Herren, daß ich mit den Worten schließe, die vor 130 Jahren erklangen: „Die Zeit ist die richtige, gebe Gott, daß es nicht die letzte sein möge, die wir benutzen müssen. Denn allen sind die Umstände bekannt, in denen wir uns befinden, denn die allgemeine Stimme lehrt mich, wie alle Bürger der Nation die Besserung ihres Zustandes anstreben."

Nach dem Ministerpräsidenten erhielt das Wort der Führer des Zwischenparteilichen Klubs [1]), Herr Josef Świeżyński, der in längeren Ausführungen den Standpunkt seiner Partei begründete. Der Redner wies auf die ungeheuren Schäden hin, die aus der langen Dauer der Okkupation dem Lande erwachsen, beklagte den fast ganz nichtssagenden Einfluß, den die polnische Regierung und die polnische Gesellschaft auf die Beseitigung dieses Unglücks ausüben können, sagte zum Schlusse aber, daß trotz dem allen der Zwischenparteiliche Klub an den Beratungen und der Arbeit des Staatsrates eifrigen Anteil nehmen werde, um so schnell wie möglich die Bahn für den polnischen Landtag freizumachen; der Augenblick müsse ausgenutzt werden, um alle Organisationsenergien des Vaterlandes zu stärken.

Sodann ergriff das Wort Herr Michał Łempicki, der Führer der Polnischen Staatspartei. Er bezeichnete als wichtigste Angelegenheit die schnellste Schaffung des polnischen Heeres und stellte fest, daß die Idee eines engeren Bündnisses zwischen Polen und den Zentralmächten in der öffentlichen Meinung des Landes ersichtlichen Fortschritt gemacht habe. In den Schlußworten forderte der Redner die Regierung auf, entschiedene und konsequente Anstrengungen zu entwickeln, um endgültig die Beziehungen Polens zu den benachbarten Zentralmächten zu klären.

Herr Rosenblatt, der Führer der Lodzer Zionisten, bekannte sich in den Aussichten einer glücklichen Lösung der polnischen Frage als Optimist und forderte für die auf polnischer Erde lebenden Juden Garantien für freie und volle Entwicklung. Dann würden wir ein Land besitzen, das jeder Bewohner bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen bereit sein wird.

Im Namen der Volksvereinigung erklärte Herr Feliks Starzyński, daß seine Partei in den Staatsrat eingetreten sei, um die Rechte des Volkes bei dem Aufbau des polnischen Staates zu wahren. Sie wird so lange in dieser Arbeit ausharren, so lange dieselbe fruchtbar und möglich zu sein verspricht.

Sodann ergriff das Wort Herr Władysław Studnicki, der in seinen eindrucksvollen und von einer starken politischen Logik zeugenden Ausführungen die historischen Ansprüche Polens auf seine früheren Ostmarken vertrat. Polen in den Grenzen des Wiener Kongresses ist ein nicht lebensfähiger Organismus. Die Geschichte hat bewiesen, daß Polen in diesen Grenzen nicht bestehen kann, es müßten ihm daher Gebiete angegliedert werden, die 600 Jahre hindurch von polnischer Arbeit und polnischer Kultur durchtränkt wurden. Der Redner verlangt, die Regierung solle ein Rekrutierungsdekret erlassen und kündigt an, daß er jede Regierung bekämpfen werde, die nicht sofort zur Bildung einer polnischen Armee schreitet.

Herr Wojciech Rostworowski sprach im Namen der Verständigungskommission der aktivistischen Parteien [2]). Er teilte mit dem ersten Redner, Herrn Świeżyński, das Bedauern über die traurige Lage des okkupierten Landes und forderte wirtschaftliche Rettungsmaßregeln. Er ist aber der Ansicht, daß diese Angelegenheit im engen Zusammenhang stehe mit dem weiteren Ausbau des polnischen Staates und der Uebernahme der wichtigsten Verwaltungszweige: Inneres und Schatzwesen. Er unterstützte die Forderungen des Staatsratsmitgliedes Studnicki nach Gebietserweiterungen im

[1]) Der Zwischenparteiliche Klub ist zu Beginn des Krieges entstanden und stellt eigentlich einen Verband verschiedener Parteigruppierungen dar, die sich in der sozialen Zusammensetzung voneinander stark unterscheiden. Der Zwischenparteiliche Klub betrachtet die Polenfrage als eine internationale Angelegenheit, die nur auf dem internationalen Friedenskongreß entschieden werden kann. Bis dahin empfiehlt er seinen Anhängern, den Zentralmächten gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Die bedeutendste Gruppe an Zahl und Ansehen in diesem Verbande sind die Nationaldemokraten, deren hervorragendster Führer, Roman Dmowski, sich gegenwärtig im Auslande aufhält. Die hervorragendsten Mitglieder dieser Partei im Lande sind die Herren: Jabłonowski, Świeżyński, Stecki (der gegenwärtige Minister des Inneren) usw.

[2]) Die Verständigungskommission der aktivistischen Parteien ist ein Verband aktivistischer Parteigruppen verschiedenartigster sozialer Zusammensetzung. Das besondere Kennzeichen dieses Verbandes ist seine ausgeprägte Hinneigung zu den Zentralmächten, wobei er zu gleicher Zeit den möglichst schnellen Ausbau des polnischen Staates anstrebt. Daß dieser organisierte Aktivismus bei den breiten Massen des polnischen Volkes weniger Sympathie findet als der Zwischenparteiliche Klub, ist auf die lange Dauer der Okkupation mit allen ihren Härten und sonstigen üblen Begleiterscheinungen zurückzuführen. Als Führer dieses aktivistischen Verbandes gelten Graf Adam Ronikier, Professor Parczewski, der Dekan der juristischen Fakultät der Warschauer Universität, Graf W. Rostworowski und M. Zbrowski.

Osten und erklärte, daß seine politischen Freunde konsequent nach der Einberufung des Landtages streben werden. Für die Tätigkeit des Landtages sind aber eine Reihe von Vorbereitungsarbeiten notwendig, und diese Arbeiten sollen im Staatsrat geleistet werden, damit der Landtag, bei seinem Zusammentritt, schon einen halbfertig ausgebauten Staat vorfinden kann. Der Redner erklärt, daß seine politischen Freunde bereit sind, die Regierung zu unterstützen und an ihrer Verwaltungstätigkeit mitzuwirken.

Das Wort ergriff sodann Herr Noeh Priłucki, der Führer der jüdischen Volkspartei [3]). Er erklärte, daß seine Partei an den Arbeiten des Staatsrates teilnehmen werde, trotzdem sie auf dem Standpunkt stehe, daß nur eine auf der Grundlage eines breitesten, demokratischen Wahlrechts zusammengerufene Konstituante berechtigt sei, gesetzgebende Arbeit zu leisten. Sodann erklärte er, daß seine Partei auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehe und ein unabhäniges Polen anstrebt, das alle Bedingungen für eine freie, normale, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung besitzt. In einem solchen Polen verlangt er für das jüdische Volk, als für eine nationale Minderheit, die wirkliche individuelle und bürgerliche Gleichberechtigung sowie eine personelle Autonomie.

Herr Bolesław Eiger, Führer der jüdischen Assimilationspartei, erklärte: „Auf national-polnischer Grundlage stehend, gemeinsam mit dem ganzen Lande zum Wiederaufbau eines starken, unabhängigen polnischen Staates strebend, werden die Polen mosaischen Bekenntnisses, so wie früher, bei jedem Werk mitarbeiten, das Polen seinen nationalen Idealen näherbringt. Wir alle, ohne Unterschied des Standes und der Konfession, müssen unsere sämtlichen Kräfte anstrengen, um mit Würde den Anforderungen des geschichtlichen Augenblicks zu entsprechen.“ Der Redner erklärte weiter, daß seine politischen Freunde den Beginn der Arbeiten des Hohen Staatsrates begrüßen und die tiefe Ueberzeugung hegen, daß diese Arbeiten von den Prinzipien der Gerechtigkeit und den Losungen der Freiheit und wirklichen Gleichheit aller Bürger des neuerstandenen Reiches belebt sein wird. „Wir wünschen, daß zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung in Polen die Grundsätze des einträchtigen, harmonischen Zusammenlebens und der gemeinsamen Zusammenarbeit für das Wohl des Vaterlandes herrschen möchten.“

---

[3]) Die jüdische Volkspartei bekämpft rücksichtslos die Assimilationsbestrebungen der Polen und der polonisierten Juden und steht auch im starken Widerspruch zu der Partei der orthodoxen Juden, denen sie allzu große Willfährigkeit der polnischen Gesellschaft gegenüber vorwirft. Die jüdische Volkspartei gilt als Vertreterin des jüdischen Kleinbürgertums, der breiten jüdischen Massen.

Namens der orthodoxen Juden sprach Herr Moses Pfeffer. Er erklärte, daß die orthodoxen polnischen Juden dem neuerstandenen polnischen Reich treu und ergeben bleiben werden. Sie hegen den aufrichtigen und heißen Wunsch, daß die große und historische Arbeit des Staatsrates gesegnete Früchte bringen möge, sowohl für die Zukunft Polens wie auch zum Wohle aller Bürger dieses Landes. Sie glauben unverbrüchlich, daß der wiedererstandene polnische Staat alle Zweige seiner Staatsbürgerschaft, also auch die Juden, mit der gleichen Fürsorge umgeben wird, im Namen der schönsten Traditionen des früheren Polens, das den Juden Gleichberechtigung und religiöse Toleranz gewährte.

Dem polnischen Ministerpräsidenten, Herrn von Steczkowski, sind folgende Depeschen zugegangen:

Von Sr. Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler des Deutschen Reiches, Grafen Hertling:

„Mit dem heutigen Zusammentritt des im Verfolg des Patentes vom 12. September 1917 geschaffenen Staatsrates des Königreichs Polen als des berufenen Vertreters des polnischen Volkes vollzieht sich ein weiterer bedeutungsvoller Fortschritt in dem stufenweisen Aufbau des polnischen Staates. Eure Exzellenz bitte ich hierzu meine wärmsten Glückwünsche entgegenzunehmen. Mögen die Verhandlungen des Staatsrats getragen sein von demselben Geiste aufrichtigen Vertrauens zu den Mittelmächten, den diese zum polnischen Volke durch die Proklamation vom 5. November 1917 bekundet haben — dann wird aus seinen Beschlüssen dem polnischen Volk reicher Segen ersprießen.

Reichskanzler Graf Hertling.“

Von Sr. Exzellenz, dem Herrn österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Baron Burian:

„Der Zusammentritt des polnischen Staatsrates, dessen legislative Arbeiten für die Zukunft des wiedererstandenen polnischen Staates von großer Bedeutung sein werden, bietet mir den Anlaß, Eurer Exzellenz und den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften meine herzlichsten Wünsche für eine segensreiche Tätigkeit auszusprechen. Der Beginn der Staatsratssession bedeutet einen neuen Schritt nach der Richtung des Ausbaues des polnischen Staatswesens, den ich den mannigfachen in den Zeitverhältnissen gelegenen Schwierigkeiten zum Trotz, wie Eure Exzellenz wissen, nach Kräften zu fördern bemüht bin.

Ich hoffe zuversichtlich, daß gleichzeitig mit den auf den inneren Aufbau des befreiten Polen gerichteten Arbeiten des Staatsrates durch die im Zuge befindlichen Verhandlungen zwischen der österreichisch-ungarischen und der kaiserlich deutschen Regierung die Grundlage geschaffen werden wird, auf der die polnische Nation über Polens Zukunft in einer dessen Größe und dessen Gedeihen verbürgenden Weise selbst wird entscheiden können.“

II. Im Wiener Polenklub.

Der Beschluss des Polenklubs vom 22. Juni 1918.

In der am Sonnabend, am 22. Juni 1918, abgehaltenen Vollversammlung des Polenklubs wurde ohne Debatte einstimmig folgender Antrag angenommen:

Der Polenklub nimmt den Bericht seiner parlamentarischen Kommission zur Kenntnis. Der Polenklub legt gegen alle Versuche einer § 14-Regierung Verwahrung ein und fordert sowohl grundsätzlich als auch unter Hinweis auf die schwere allgemeine Lage und die bedrohlichen Ernährungsverhältnisse nachdrücklichst, daß die verfassungsmäßige Ordnung im Staate vollinhaltlich zur Geltung komme.

Geleitet von der Erkenntnis, daß die Erhaltung und Kräftigung der Monarchie im Interesse der polnischen Nation gelegen ist, erklärt der Polenklub, daß er bereit ist, dem in schwerer Kriegsnot befindlichen Staate zu bewilligen, was zur Erhaltung und Verteidigung seines Daseins erforderlich ist. Doch könne weder die Sorge um den Parlamentarismus, noch die um den Staat den Polenklub des Rechtes berauben, gegen eine Regierung Stellung zu nehmen, deren Wirken er für schädlich hält.

Der Polenklub verwahrt sich daher im vorhinein gegen den unbegründeten Vorwurf, als ob er durch seine aller parlamentarischen Gepflogenheit entsprechende Stellungnahme gegen eine Regierung die Interessen des Staates oder die des Parlamentarismus gefährden würde.

Der Polenklub fühlt sich vielmehr berechtigt und verpflichtet, die Forderung zu erheben, daß die Leitung des Staates in den Händen einer Regierung ruhe, welche das gerade in dieser schweren Zeit unentbehrliche Vertrauen der Bevölkerung besäße.

in Erwägung, daß der Herr Ministerpräsident Doktor v. Seidler zum Schaden der nationalen polnischen Interessen gewirkt hat und seine Regierung den Erfordernissen der Landesnotwendigkeiten nicht gerecht zu werden vermochte;

in Erwägung, daß die Regierung des Herrn Dr. v. Seidler es nicht verstanden hat, das für die Bevölkerung so wichtige Ernährungsproblem zu lösen und durch eine Reihe von Fehlgriffen und unzureichenden wirtschaftlichen Maßnahmen das Volk der bittersten Not des Hungers ausgesetzt hat;

in Erwägung, daß das Regime des Ministerpräsidenten den Parlamentarismus und den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung gefährdet, demnach die wesentlichsten Volksrechte bedroht;

in Erwägung, daß der Herr Ministerpräsident zur selben Zeit, in der er mit dem Polenklub verhandelte, sich in Abmachungen einließ, welche den Lebensinteressen des polnischen Volkes zuwiderlaufen;

in Erwägung, daß der Herr Ministerpräsident zur Zeit, da das Handschreiben des verewigten Kaisers Franz Joseph I. über die Sonderstellung des ungeteilten Galizien noch in Rechtskraft ist, es unternahm, hinter dem Rücken des Polenklubs bindende Versprechungen über Maßnahmen betreffend die Zweiteilung Galiziens zu machen, also die auch von Sr. Majestät Kaiser Karl erneuerten Zusicherungen des Kaiserschreibens verleugnet hat;

in schließlicher Erwägung, daß der Herr Ministerpräsident die von ihm als vollberechtigt anerkannten wirtschaftlichen Forderungen Galiziens nicht berücksichtigt und die von ihm gemachten Zusagen nicht erfüllt hat:

versagt der Polenklub dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler sein Vertrauen.

Der Polenklub verlangt die sofortige Einberufung des Reichsrates und erklärt sich bereit, mit den zu einer Majoritätsbildung willigen Parteien in Verhandlungen zu treten, um die Grundlagen für eine geordnete parlamentarische Tätigkeit zu vereinbaren.

Der Antrag der konservativen Gruppe des Polenklubs.

Der Polenklub ist bereit, in eine Arbeitsmehrheit im österreichischen Parlament einzutreten, die Staatsnotwendigkeiten zu votieren und die vitalsten Staatsinteressen zu unterstützen. Der Polenklub verlangt, daß Voraussetzungen geschaffen werden, die sein Vertrauen zu der k. k. Regierung rechtfertigen würden. Die halbhundertjährige Politik des Polenklubs war auf die Kräftigung der Monarchie für den Kampf mit Rußland eingestellt. Auch heute nach der Niederlage Rußlands verlangt das polnische Interesse die Erhaltung der Monarchie, wenn der polnische Staat nicht unter fremde Hegemonie geraten soll. Die Polen haben als österreichische Staatsbürger das Recht, die Fehler der österreichischen Regierung vorzuhalten und jede Regierung vom Standpunkte des eigenen nationalen Interesses zu beurteilen. Die Politik Ritter v. Seidlers war darauf berechnet, über die momentanenen Schwierigkeiten hinwegzukommen, Zeit zu gewinnen, hat aber keineswegs bewiesen, daß sie die Grundlagen und Prinzipien erfaßt und würdigt, auf die sich ein Nationalitätenstaat stützen muß. Sie zeugt nicht davon, daß sich Ritter v. Seidler der Lage bewußt wäre, in der sich die Monarchie befindet. Diese Kurzsichtigkeit brachte es mit sich, daß Ritter v. Seidler keine Frage zu lösen imstande war. Im Gegenteil, er ging einer jeden aus dem Wege, spielte die eine Nation gegen die andere aus und hat infolge dieser Programmlosigkeit das Ansehen der Regierung untergraben, die Verwaltung zerrüttet und dadurch die Grundlagen des Staates ins Wanken gebracht. Er hat es dazu gebracht, daß er heute trotz aller gegenteiligen Versicherungen beim § 14 seine Rettung suchen muß.

Es wäre ein Fehler von den Deutschen, wenn sie ihr Interesse in einem parlamentslosen Regime erblicken würden. Vor der durch den Hunger hervorgerufenen Bewegung wird Ritter v. Seidler kapitulieren müssen.

Der Hunger, dem Dr. Seidler nicht zu begegnen gewußt hat, wird zum Verbündeten einer politischen Bewegung und wird den Staat erschüttern. Wir sind überzeugt, daß Dr. Seidler vor ihm kapitulieren wird, was er auch schon getan hat. Die deutschen Parteien sollten

es untersuchen, ob der sich hieraus ergebende Schaden überhaupt wieder gutgemacht werden kann.

Dr. Seidler ist nicht allein dem ukrainischen Kurs erlegen, aber kein Druck kann einen Minister rechtfertigen, der verantwortlich ist und daher selbständig sein muß.

Durch den Geheimvertrag über die Zweiteilung Galiziens hat Dr. Seidler das Manifest des Kaisers Franz Joseph, das mehr wie die Unteilbarkeit Galiziens garantierte, nicht geachtet, sondern mit Füßen getreten, er hat das Wort des Kaisers Karl gebrochen, das der Kaiser zu dem Polenklub gesprochen hat, als er erklärte, daß er sich an die Politik seines Großoheims gegenüber den Polen halten wird; Dr. Seidler hat das Vertrauen in die Worte des Kaisers an die Deputation der Süddeutschen, daß historische Territorialeinheiten keine Aenderung ihrer Integralität erleiden werden, zum Schwanken gebracht.

Der ukrainische Kurs des Ministerpräsidenten kann durch nichts gerechtfertigt werden. Das Abkommen, betreffend die Teilung Galiziens, steht im schroffsten Gegensatz zu dem Handschreiben des Kaisers Franz Josef I. vom 4. November 1916 und zu den Worten des Kaisers Karl, wonach Se. Majestät der Politik seines Großoheims gegenüber den Polen treu bleiben wird. Wir gönnen den Ukrainern alle Freiheiten, die sie sich herbeisehnen, doch müssen wir sie vor der Methode der geheimen Abkommen, die auch ihnen gegenüber angewendet werden könnte, ernstlich warnen. Dieses Abkommen bildet eine der schwersten Sünden Ritter v. Seidlers, denn dadurch schafft er eine Quelle ständiger Beunruhigung.

Die Lösung der polnischen Frage, durch welche auch die Polen zufriedengestellt würden, bildet ein vitales Interesse der Monarchie, das auch mit ihrer Selbständigkeit zusammenhängt. Die Politik Ritter v. Seidlers steht im Widerspruch zu der Politik des Habsburger Herrscherhauses, dessen Interessen einen zufriedengestellten polnischen Staat erheischen.

Deswegen sprechen wir Ritter v. Seidler das entschiedene Mißtrauen aus und werden alles daransetzen, um das Parlament am Leben zu erhalten. Doch darf das Parlament mit der Person Ritter v. Seidlers nicht identifiziert werden, um so mehr, als gerade Ritter v. Seidler die Beseitigung des Parlaments und das absolutistische Regime anstrebt. Wir warnen noch einmal die deutschen Parteien, falls sie gesonnen wären, Ritter v. Seidler darin zu unterstützen. Die Polen waren bereit, eine Verständigung zu suchen und eine Mehrheit zu bilden, die das politische Leben des Staates zu gesunden imstande wäre. Ritter v. Seidler und die ihn im Regieren mit dem § 14 unterstützenden Parteien müßte die volle Verantwortung treffen, unter deren Last sie zusammenbrechen würden.

In der heutigen Vollversammlung hatte Dr. Tertil unter Beifall erklärt, daß er die Wahl zum Obmann annehme, und dann den Vorsitz geführt.

Notizen.

Wirtschaftliches.

Kreditoperationen der polnischn Regierung. Der Verband der polnischen Banken hat der polnischen Regierung einen Kredit von 20 Millionen Mark zugesagt, welcher im nächsten Jahre in den Staatshaushalt eingestellt werden soll. Die Handelsbank Warschau übernimmt 16 Millionen, die übrigen Verbandsbanken 4 Millionen, ausgenommen die Vereinigung der Erwerbsgenossenschaften in Posen und die Diskontobank. Der Betrag ist für Ausgaben in Rückwanderungsangelegenheiten und in der Armenpflege bestimmt, da der Hauptfürsorgerat und die Stadt Warschau immer weniger imstande sind, die Mittel dafür aufzubringen.

Eine polnische Industrie-Gesellschaft für die Gewinnung von Stickstoff aus Luft. In Galizien ist kürzlich die Aktien-Gesellschaft „Azot" in Bory, Sitz in Krakau, gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist die Gewinnung von Stickstoff aus der Luft nach der Methode des polnischen Ingenieurs Mościcki, Professors an der Lemberger Technischen Hochschule. Der auf diese Weise gewonnene Stickstoff soll für Düngezewcke dienen und den Chilisalpeter ersetzen. Die Fabrik wird ihren Sitz innerhalb des Krakauer Kohlenreviers haben, wodurch billiges Brenn- und Betriebsmaterial zur Verfügung stehen wird. Das Aktienkapital beträgt 3½ Millionen Kronen; hiervon zeichnete 2 Millionen die Regierung und den Rest übernahmen die Galizische Landesbank und andere Institutionen.

Ein neues polnisches Elektrizitätsunternehmen. Eine neue polnische industrielle Gesellschaft ist in Kielce entstanden: Polnische Gesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen. Zweck des Unternehmens ist Bau neuer und Exploitation bestehender elektrischer städtischer und Bezirkszentralen, Unterhalt von Werkstätten für den Bau elektrischer Maschinen und Apparate u. dgl. Zu den Gründern gehören verschiedene hervorragende Rittergutsbesitzer, Industrielle und Techniker. Die Gesellschaft wird von einer Warschauer Bank finanziert. Die Statuten der Gesellschaft wurden im Mai d. J. bestätigt.

Verband polnischer Banken. Die Warschauer Banken haben sich, wie schon telegraphisch gemeldet, zur Wahrung ihrer Interessen zu einem Verband zusammengeschlossen. Beigetreten sind die Kommerzbank in Warschau, die Agrarbank, die Industriebank, die Genossenschaftsbank, die Bank für Handel und Industrie, die Kaufmannsbank in Lodz, Bank Związku Spółek Zarobkowych in Posen (Verbandsbank polnischer Erwerbsgenossenschaften), die Westbank, die Kom-

merzbank in Lodz, die Erste Kreditgesellschaft in Warschau und die Kasse der Warschauer Industriellen. Den Vorstand bilden die Bankdirektoren Kozłowski, Karpiński, Rotwand und Benzef.

Neue Banken in Polen. In Lublin wurde eine Bank des polnischen Handels gegründet, die sich mit der Parzellierung von Grundstücken und mit der Gründung und dem Betrieb von Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte beschäftigen wird. Die galizische Volksbank für Landwirtschaft und Handel wird im Königreich Polen, innerhalb der beiden Okkupationsgebiete, Filialen gründen. Zu diesem Zweck wurde das Aktienkapital auf 10 Millionen Kronen erhöht. Unter anderem will die Bank den Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten an die Kleinbauern organisieren.

Geschäftsverkehr mit Polen. Die Amtliche Handelsstelle deutscher Handelskammern in Polen berichtet: Der Handelsverkehr mit Polen hat im Geschäftsjahr 1917 eine erfreuliche Entwicklung erfahren. Der amtlichen Handelsstelle deutscher Handelskammern waren 84 deutsche Handelskammern mit zusammen 2528 Firmen angeschlossen. Im Geschäftsjahr 1916/17 wurden durch Vermittlung der amtlichen Handelsstellen für das Generalgouvernement Warschau Waren im Werte von 42 853 751 Mark von Polen nach Deutschland ausgeführt und Werte von 6 944 622 Mark von Deutschland nach Polen eingeführt. Unter den von Polen nach Deutschland gelieferten Waren befinden sich: Holz, Textilwaren, Wirtschaftswaren, Kolonialwaren, Wild, Geflügel, Butter, Fette, Käse, Eier, Gemüse, Obst, Marmelade, Kerzen und Zündhölzer. Deutschland führte nach Polen aus: Baumaterialien, Maschinen, Maschinenteile, Eisenwaren, Textilwaren, Kurz- und Galanteriewaren, Farben, Chemikalien, Tabake, Zigarren, Zigaretten, Kolonialwaren, Südfrüchte, Zwiebeln, Salz, Fische, Heringe und Zucker. Der Geldumsatz bei der Hauptverwaltungsstelle erreichte den Betrag von 76 135 433 Mk.

Polnisches Petroleum. Unter der Firma „Polnische Naphta“ wurde in Lemberg eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Gründungskapital eine Million Kronen. Zweck des Unternehmens ist die Ausbeutung von Erdölquellen und der Handel mit Petroleum. Direktor ist Herr Z. Słuszkiewicz, Vertreter desselben Herr J. Neumann. Dem Aufsichtsrat gehören an: Fürstin Marie Lubomirska, Dr. E. Adam, Dr. A. Halban, T. Höfflinger, Dr. M. Liptay, Direktor M. Szarski, A. Uwiera.

Politisches.

Neue Auslandsstellen der Polnischen Regierung. Das polnische Staatsdepartement eröffnet gegenwärtig zwei neue Auslandsstellen, in Kijew und in Dünaburg. Die Frage des postalischen Verkehrs mit diesen, sowie mit der Stelle in Petersburg wurde im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin und mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Wien geregelt.

Die rechtliche Lage der polnischen Arbeiter in Deutschland. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 13. Juni d. J. veröffentlicht folgende Mitteilung: Bei verschiedenen Stellen im Korpsbezirk sind Zweifel darüber entstanden, ob durch den Abschluß des deutsch-russischen Friedensvertrages in der Behandlung der hier beschäftigten polnischen Arbeiter eine Aenderung eingetreten sei, insbesondere, ob die mit den polnischen Arbeitern abgeschlossenen, auf Kriegsdauer lautenden Arbeitsverträge auf Grund des Friedensschlusses mit Rußland abgelaufen seien. Zur Behebung dieser Zweifel wird darauf hingewiesen, daß der Friedensschluß von Litauisch-Brest sich nur auf das eigentliche Rußland, nicht aber auch auf die sogenannten Randstaaten, insbesondere nicht auf Polen bezieht. Die hier beschäftigten polnischen Arbeiter werden also von dem Friedensschluß in Litauisch-Brest überhaupt nicht berührt.

Verwaltung.

Neue Postämter im Königreich Polen Innerhalb des österreichischen Okkupationsgebietes sind in der letzten Zeit folgende neue Postanstalten eröffnet worden: Annapol Lubelski, Bełżyce, Łęczna, Ossyaków, Silniczka, Skaryszew in Polen und Wąwolnica. Zum Versand sind zugelassen: Briefe, Drucksachen, Postkarten, Zeitungen, Warenproben Pakete ohne Wert bis 10 kg Gewicht.

Kultur.

Aus dem akademischen und wissenschaftlichen Leben Polens. Zu Leitern der Warschauer Universität wurden für 1918/19 gewählt: Zum Rektor wiederum der Professor der Jagiellonischen Universität, Dr. Antoni Kostanecki, zum Prorektor wiederum Stanisław Thugutt. Ferner wurden gewählt: zum Dekan der theologischen Fakultät Pfarrer Antoni Szlagowski, zum Dekan der juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät Alfons Parczewski, zum Dekan der medizinischen Fakultät Dr. Władysław Mazurkiewicz, zum Dekan der philosophischen Fakultät Stanisław Szober. In den akademischen Senat wurden folgende Mitglieder gewählt: Pfarrer Czesław Sokołowski (theologische Fakultät), Zygmunt Cybichowski (medizinische Fakultät), Dr. Kazimierz Rzętkowski (philosophische Fakultät), Władysław Tatarkiewicz (naturwissenschaftliche Sektion).

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Vergrößerung der Warschauer Universität soll eine Reihe neuer Lehrstühle geschaffen und die besten polnischen Lehrkräfte sollen dafür gewonnen werden. Der Lehrstuhl für Philosophie und enzyklopädische Wissenschaften soll Professor L. Petrażycki in Petersburg angeboten werden, der Lehrstuhl für Slavistik — Herrn Professor M. Zdziechowski. Professor Chrzanowski hat den Ruf auf den Lehrstuhl für polnische Literatur in Warschau abgelehnt, infolgedessen soll dafür Professor

Brückner, Wojciechowski oder Gabriel Korbutt gewonnen werden.

An der freien polnischen Volksuniversität in Warschau werden im Jahre 1918/19 Vorlesungen halten die Professoren: L. Krzywicki, Ignacy Matuszewski, R. Błędowski, Al. Mogilnicki, K. Bialaszowicz, W. Trojanowski, St. Mazurkiewicz, F. Ochimowski, Sr. Słoński, P. Hoser. Zum Rektor wurde Professor L. Krzywicki gewählt, zum Prorektor — Professor Matuszewski.

Zum Rektor der Jagiellonischen Universität in Krakau wurde für das akademische Jahr 1918/19 Professor Dr. M. Sieniatycki gewählt. Die Regierung bestätigte die Habilitation folgender neuer Professoren: Dr. Lehr-Spławiński für slavische Philologie, Dr. Waleryan Goetel für Geologie, Dr. Stefan Popee für Zoologie.

Zum Rektor der Krakauer Akademie der Künste wurde Professor Weiss gewählt.

Zum Rektor der Lemberger Universität wurde für 1918/19 gewählt Professor Dr. A. Jurasz, zum Rektor der Lemberger Technischen Hochschule der Physikprofessor Dr. T. Godlewski.

Nekrologe.

Professor Edward Abramowski †. Am 21. Juni d. J. veröffentlichten Rektor und Senat der Warschauer Universität folgenden Nachruf:

„Von tiefer Trauer ergriffen, verkünden wir die beklagenswerte Nachricht, daß aus dem Kreise der Lehrer der Hochschule ausgeschieden ist heiligen Angedenkens Edward Abramowski, Psychologe und Direktor des psychologischen Instituts, der geliebte Führer der akademischen Jugend; er schuf Wissenschaft und diente der Wissenschaft mit der Feder und mit dem Worte, die schwachen Kräfte des Körpers durch Seelenstärke und Liebe zur Wissenschaft überwindend."

Edward Abramowski war 1872 in Stefanin in der Ukraina geboren und hat in Krakau, Genf und Brüssel studiert. Zu seinen frühesten Werken gehört „Die Theorie der psychischen Einheiten", in dem er schon im Prinzip diejenige Weltanschauung entwickelte, die er später in einer ganzen Reihe theoretischer und experimenteller Arbeiten ausführlich begründete und damit eine neue experimentelle Metaphysik schuf. Seine Ideen fanden ebenso kritiklose Anhänger wie auch leidenschaftliche Gegner, und das hat besonders seinen Namen populär gemacht. In den Kreisen der Wissenschaft ist Abramowski hauptsächlich bekannt geworden durch sein dreibändiges Werk „Experimentelle Forschungen über das Gedächtnis", als Leiter des Warschauer psychologischen Instituts und als Redakteur der „Arbeiten aus dem Gebiet der experimentellen Psychologie"; die bisher erschienenen drei Jahrgänge dieser Zeitschrift enthalten in der Hauptsache Beiträge von Abramowski. Einzelne seiner, in französischer Sprache geschriebenen Arbeiten haben seinen Namen auch außerhalb der Grenzen Polens bekannt gemacht. Außer den obenerwähnten hat Abramowski noch folgende Werke geschrieben: „Seele und Körper", „Individuelle Elemente in der Soziologie", „Les bases psychologiques de la soziologie", „La materialisme historique et le principe du phénomène sozial", „L'Analyse physiologique de la Perception".

Aber der polnische Gelehrte hat sich nicht nur auf das enge Gebiet seines Spezialfaches beschränkt. Außer der Psychologie hat er auch für die Soziologie besonderes Interesse gehegt. Und auch auf diesem Gebiete hat er sich sehr fruchtbar und selbständig erwiesen, wovon eine ganze Reihe in französischer Sprache geschriebener Arbeiten Zeugnis ablegt.

Abramowskis Arbeiten zeichnen sich stets durch besondere Frische der Darstellung und Selbständigkeit der schöpferischen Gedanken aus, die die Probleme dieser Welt in einer ganz eigenartigen Weise zu lösen suchten. Die schöpferische Kraft war bei Abramowski immer auch ein Ausdruck der sich auflehnenden Seele.

Im Jahre 1915 wurde er auf den Lehrstuhl der Psychologie der wiedererstandenen Warschauer Universität berufen, und von hier aus hat er dann, mit dem kranken Körper ständig kämpfend, sich mit Begeisterung der pädagogischen Tätigkeit hingegeben. Seine Vorlesungen erfreuten sich eines besonders regen Besuches der akademischen Jugend. Diese Jugend, die ihm mit großer Liebe anhing, hat ihm nach dem Tode in den Warschauer Zeitungen herzergreifende Nachrufe gewidmet.

Zur Beachtung!

Der Aufsatz des Unterzeichneten: „Professor Johannes Haller-Tübingen als ‚Kenner' der Ukraina" ist in der vorigen Nummer der „Poln. Blätter" Nr. 99 zum Abschluß gebracht worden. Durch Abwesenheit war der Unterzeichnete leider verhindert gewesen, seinem Aufsatz diejenige abschließende Zusammenstellung anzufügen, die dem Leser den Zweck des erwähnten Aufsatzes noch einmal vor Augen führen sollte.

Der Unterzeichnete hofft jedoch, daß die Leser der „Polnischen Blätter" trotzdem seine Absicht erkannt haben: zu beweisen, wie ein deutscher Professor der Geschichte sich nicht gescheut hat, von seiner Warte herabzusteigen, und, um den Tagestendenzen zu schmeicheln, geschichtliche Tatsachen gefälscht hat.

Wacław Schmidt.

Erscheinungstage: 1. und 15. jeden Monats. — Bezugspreis (bei der Post oder beim Verlag) vierteljährlich 3,50 Mark, Einzelheft 60 Pf.

Schriftleitung: Wacław Schmidt, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse 28. — Fernsprecher Amt Steinplatz, Nr. 2306. Alle redaktionellen Sendungen an obige Adresse erbeten. Unverlangt eingesandten Manuskripten bitten wir Rückporto beizufügen.

Für die Redaktion verantwortlich F. Zalachowski, Charlottenburg. Druck Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstr. 19.